

# Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Newrozdemonstration am 21. März in Diyarbakir: beherrschendes Thema war die Rede des von der Türkei gefangen gehaltenen Kurdenführers Abdullah Öcalan.

- *Zypern-Crash: Merkel & Schäuble verbreiten Furcht und Schrecken – S. 4*
- *Newroz 2013: Friedensplan Öcalans und neuerlicher Waffenstillstand der PKK – S. 6*
- *Mannheim und Köln: Diskussion über südosteuropäische Zuwanderung – S. 12*
- *Tarifrunde Länder: Teilerfolg erreicht – S. 17*
- *Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein – S. 18*

**Ausgabe Nr. 4 am 4. April 2013, Preis 4,00 Euro**

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK  
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

**Herausgegeben vom** Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

**Diskussion / Dokumentation:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

**In & bei der Linken:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de  
**Letzte Seite:** Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln  
**Abos:** GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart. stuttgart@gnn-verlage.com

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## Maritimes Bewusstsein ...

maf. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom Dienstag nach Ostern werben zwei Vizeadmirale der Bundeswehr a.D., ergänzt durch eine Lehrkraft der Bundeswehrhochschule München nebst wissenschaftlichem Mitarbeiter für die Einrichtung einer europäischen Küstenwache und für die Gründung eines europäischen Trägerverbandes. Für Frankreich und Großbritannien, denen es immer schwerer falle, genügend Ressourcen für Aufrechterhaltung und Ausbau ihrer maritimen Fertigkeiten aufzubringen, könne das eine Perspektive sein, den „Abstieg zu Marinemächten zweiter Klasse noch abzuwenden“. Dieser Ton der Herablassung wird bei den europäischen Nachbarn gut ankommen, besonders, wenn man an der Flottenpolitik des kaiserlichen Deutschland anknüpft. Schreibt doch das illustre Quartett tatsächlich in die Zeitung:

„Das maritime Bewusstsein muss nicht nur stärker werden, weil Deutschland andernfalls in der Konkurrenz zu den alten und neu aufkommenden maritimen Mächten des 21. Jahrhunderts ‚verkümmern‘ würde, wie einst Admiral von Tirpitz das kaiserliche Flottenbauprogramm begründete. Es geht eher um die Einsicht Alfred Thayer Mahans, dass die Kontrolle über die See den ökonomischen Wohlstand eines Staates bestimmt.“ (FAZ, 2.4.12, S. 11).

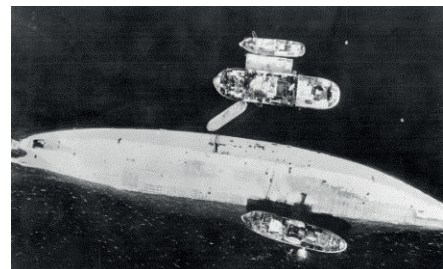
Mahan, geb. 1840 in Westpoint, gest. 1914 in Washington D.C., Konteradmiral der US-Navy, Hauptwerk: The Influence of Sea Power upon History (dt.: Der Einfluss der Seemacht auf die Geschichte) arbeitete den Zusammenhang von internationalem Handelsvorteilen, Wirtschaftskraft und Seemacht heraus, seine Theorien begleiteten den Aufstieg der USA zur Supermacht des 20. Jahrhunderts.

Tirpitz, geb. 1860 in Westpreußen, gest. 1941 in Ebenhausen bei München, im Sommer 1900 vom Kaiser geadelt, sah eine Chance, die damalige Vorherrschaft Großbritanniens zur See zu brechen. Die von ihm begründete und politische durchgesetzte maritime Aufrüstung mündete in den Ersten Weltkrieg. Als die kaiserliche Kriegsmarine dann gegenüber der Fernblockade durch die britische Flotte hilflos blieb, agitierte v. Tirpitz für den „rücksichtslosen U-Boot-Krieg“, dem der Kriegseintritt der USA auf dem Fuße folgte. So wurde v. Tirpitz sogar dem kaiserlichen Deutschland zu viel. Am 15. März 1916 in den Ruhestand versetzt, entwickelte der Admiral sich zur führenden Figur der alldutschen Bewegung. Er steht in der Zwischenkriegszeit für die Verbindung von Naziregime und konser-

vativ-reaktionären Eliten. Die endgültige Versenkung des auf seinen Namen getauften, 1936 auf Kiel gelegten, 1939



vom Stapel gelassenen, 1941 in Dienst gestellten, nach einem erfolgreichen U-Boot-Angriff seit 1943 nicht mehr fahrbereitem und 1944 endgültig ver-



senkten größten in Europa je gebauten Schlachtschiffs erlebte er nicht mehr.

Der kritiklose Bezug auf Tirpitz' Sorge um Deutschlands „Verkümmern“ und das kaiserliche Flottenbauprogramm eignet sich dazu, die deutsche Idee einer europäischen Trägergruppe bereits im Planstadium zu versenken.

(Bildquellen: wikimedia.org)

## Bundesregierung macht beim NPD-Verbot nicht mit

alk. Die Bundesregierung will sich nicht dem Verbotsantrag der Bundesländer gegen die NPD anschließen. Damit wird auch eine Beteiligung des Bundestags unwahrscheinlicher. Vor allem die FDP soll sich gegen ein NPD-Verbot ausgesprochen haben. Der FDP-Vorsitzende Philipp Rösler begründete seine Auffassung in einem Interview mit der Äußerung, dass „man Dummheit nicht verbieten kann“. Man müsse die NPD durch Bildung, durch Aufklärung und durch politische Maßnahmen bekämpfen. Dazu gibt es einen Kommentar aus der VVN – Bund der Antifaschisten:

Dummheit kann man nur mit Bildung und Aufklärung bekämpfen. Nur als Begründung für ein NPD-Verbot taugt dies beileibe nicht. Es wäre schön, wenn Neofaschismus Dummheit wäre. Schon diese Aussage Röslers ist eine Verharmlosung des Neofaschismus! Nur Neofaschismus ist Ideologie und Vorsatz. Er ist demokratiefeindlich, menschenverachtend und gewalttätig. Dagegen hilft zwar auch Bildung und Aufklärung. Aber fast nur bei denen, die diesem Wahnsinn noch nicht verfallen sind. Die VVN-BdA, das Netz gegen Nazis, das Aussteigerprogramm

Politische Berichte im Internet: [www.politische-berichte.de](http://www.politische-berichte.de)



Exit Deutschland (hier werden gerade die Mittel durch die CDU-FDP-Bundesregierung gekürzt, sodass die Existenz von Exit bedroht ist) und etliche AntiFa-Gruppen etc. sind gerade ein Beispiel dafür, dass Bildung und Aufklärung gegen Neofaschismus tagein, tagaus praktiziert wird.

Man schaue sich doch einfach mal die Kriminalitätsstatistik für die NPD an. Etliche Kader sind wegen neofaschistischer Gewalttaten vorbestraft. Also: Verbrecherische Organisationen kann und muss man verbieten.

Der Staat und damit „wir Steuerzahler“ finanzieren diese Partei mit 1,3 Mio. Euro. Das Geld fließt direkt in den Neofaschismus. Das ist schon ein Grund für ein Verbot. Man muss immer wieder deren Strukturen zerschlagen, damit sie geschwächt werden. Dazu gehören Vereinsverbote gegen die sog. „Freien Kameradschaften“ ebenso wie das Verbot der NPD!

„Richtig sei aber auch, dass das Verbot einer Partei nicht die Gesinnung ihrer Mitglieder beziehungsweise Wähler beseitigt.“ (Stefan Ruppert, FDP-Mitglied des Innenausschusses des Bundestages)

„Weder Ideologie noch Ideologen könnten durch ein Verbot aufgehoben werden“ (Niedersächsischer FDP-Landeschef Stefan Birkner)

Genau. Ihr habt ja Recht! Nur: Das hat aber auch keiner in der gesamten Debatte erklärt. Beim NPD-Verbot geht es darum, die Finanzierung und Strukturen des Neofaschismus zu kappen. Ein NPD-Verbot kann und darf nicht als Ersatz für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Neofaschismus gesehen werden. Aber fragen Sie doch mal die ganzen Initiativen gegen Neofaschismus im Land! Keine wird Ihnen sagen, dass sie ihre Arbeit nach einem NPD-Verbot einstellen werden würde. Die oben genannten Aussagen der FDP-Leute zeigen doch nur, dass sie nichts von der ganzen Debatte seit Schröders „Aufstand der Anständigen“ mitbekommen haben.

„Ein NPD-Verbotsverfahren könnte am Ende nur als Wiederbelebensmaßnahme für eine siechende Partei enden...“ (Patrick Döring, FDP)

...hat man in den letzten Wochen schon öfters gehört. Belege wurden nicht geliefert! Der finanziell maroden Partei geht es immer schlechter. Die Wahlergebnisse gehen eher runter als rauf. In Niedersachsen verfehlten sie Gottseidank die Ein-Prozent-Hürde (0,8 Prozent), die sie für Niedersachsen in die Parteienfinanzierung gebracht hätten. Im November 2012 wollte die NPD einen Mediencoup landen und zog vor das Bundesverfassungsgericht. Das sollte der NPD einen Persilschein auf Verfassungskonformität ausstellen. Aber der Mediencoup ist nach hinten losgegangen. Das BVerfG schmetterte



## Ostermarsch 2013: Gegen Drohnen und Rüstungsexporte

81 Demonstrationen und Kundgebungen melden die Veranstalter der diesjährigen Ostermärsche bundesweit. Die Beteiligung sei trotz des schlechten Wetters ähnlich hoch gewesen wie im Vorjahr. Die Themen waren Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Ausrüstung der Bundeswehr mit ferngelenkten Waffen („Drohnen“) und die Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik in alle Welt. In Stuttgart, wo am Ostersonntag mit 1200 Teilnehmer sogar mehr waren als im Vorjahr, lauteten die Forderungen „sofortiger Rückzug aus Afghanistan und der Türkei“, Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte“, „militärfreie Schulen“, „Auflösung der Nato“. In Frankfurt am Main fand mit etwa 2000 Teilnehmern ebenfalls eine größere Kundgebung statt. Der Ostermarsch Ruhr (siehe Bild) endete mit einem Friedensfest in Dortmund. In Rheinland-Pfalz richtete sich der Protest gegen die nach wie vor am Standort Büchel in der Eifel stationierten Atomwaffen der US-Armee.

den „Klamaukantrag“ (Volker Beck, Grüne) ab. „Der Antrag der NPD war reines Theater“, so Thomas Oppermann (SPD) an. Die NPD ist als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet!

„Die gehen dann doch in den Untergrund...“ (Volksmund), ...hört und liest man oft. So auch in den Kommentaren auf der Facebook-Seite der FDP: Dass diese Befürchtung völlig abstrus ist, merkt keiner. Das glaubt doch keiner, dass knapp 6000 Mitglieder der NPD gleich ab in Untergrund gehen. Die jüngst verbotenen „Freien

Kameradschaften“ haben genau den entgegengesetzten Weg beschritten. Sie sind von undefinierten Gruppenstrukturen unter das Parteienprivileg des Grundgesetzes geschlüpft. Die „freien Kameraden“ aus Aachen, Dortmund, Hamm, dem Münsterland, Wuppertal und, und, und... sind nun in die Partei „Die Rechte“ eingetreten. Eine Prüfung des nordrhein-westfälischen Innenministers Ralf Jäger, ob somit eine Weiterbetätigung im Sinne der verbotenen Kameradschaften vorliegt und ein Verbot geboten ist, steht noch aus. ([www.nrw.vvn-bda.de](http://www.nrw.vvn-bda.de), 20.3.2103)



<http://nsuprozess.blogspot.de.maf>. Bis zum Redaktionsschluss ist unklar, ob die Blüte der bayerischen Richterschaft die Problematik einer angemessenen Öffentlichkeit des NSU-Prozesses bewältigen kann. Das Verfahren hat einen doppelten Boden. Die Straftaten der NSU liegen offen zu Tage und können mit den Mitteln des Strafverfahrens geahndet werden. Das Versagen des Staatsapparates, das Ausleuchten der Grauzone, in der sich Geheimdienste und Nazibanden begegnen verlangt von den Staatseinrichtungen kritische Reflexion des eigenen Zustands. In dieser Hinsicht sind die Schwierigkeiten des Münchner Gerichts ein böses Omen. Ein gutes dagegen die Aufmerksamkeit der politischen und zivilen Öffentlichkeit und des Auslandes. Für Samstag, den 13. April, ruft ein breites Bündnis zur Demonstration in München auf.

# Merkel & Schäuble verbreiten Furcht und Schrecken

Der Münchner Soziologieprofessor Ulrich Beck forderte kürzlich in einem Essay zur Europapolitik vier Prinzipien, die für ihn „die unverzichtbare Grundlage einer europäischen Gesellschaft darstellen“:

Erstens das „Prinzip der Fairness“. Damit meint er, dass sowohl die Verfahren wie die Ergebnisse bei Entscheidungen in der EU „von allen Beteiligten als fair und gerecht wahrgenommen werden“.

Zweitens das „Prinzip des Ausgleichs“. Seine Begründung: „An der Frage, wie die Großen und Mächtigen mit den kleinen Staaten umgehen, wird sich entscheiden, ob man in Europa auch morgen noch gut leben kann.“

Drittens das „Prinzip der Versöhnung“. Damit ist gemeint, dass „der Umgang mit einem schwächeren Partner durch eine Politik der Versöhnung gekennzeichnet sein muss.“ In der Menschenrechtsdiskussion wird das ähnlich beschrieben: „Menschen, die am Boden liegen, tritt man nicht!“

Viertens fordert Beck die „Verhinderung von Ausbeutung“. Es müsse verhindert werden, „dass die starken Länder die Schwachen der anderen zu ihrem eigenen Vorteil ausbeuten.“ (alle Zitate aus U. Beck, Das Deutsche Europa, Suhrkamp 2012, S. 56f.)

Im Umgang mit der Zypern-Krise hat die deutsche Bundesregierung, hat Kanzlerin Merkel und ihr Finanzminister Schäuble alle diese Prinzipien eklatant verletzt.

## Die Dimensionen

Der griechische Teil von Zypern hat etwa 860 000 Einwohner. Das Bruttoinlandsprodukt lag im vergangenen Jahr bei ca. 18 Mrd. Euro. Pro Einwohner sind das etwa 10% weniger als hierzulande. Von dieser Bevölkerung wurde und wird nun von Merkel, Schäuble und Co. ein „Eigenanteil“ an der Bewältigung der aktuellen Krise in Höhe von 5,8 Mrd. Euro verlangt.

Zur Verdeutlichung: würde man einen vergleichbaren „Krisenbeitrag“ von der Münchner Bevölkerung verlangen, käme man – umgerechnet auf die Einwohnerzahl und die höhere Wirtschaftskraft – zu einer Vermögensabgabe von 7,2 Mrd. Euro. Für Berlin – die gesamte Bevölkerung des griechischen Teils Zyperns entspricht der von drei der 12 Berliner Bezirke – käme ein Tribut von ca. 24 Mrd. Euro zusammen. Umgerechnet auf die gesamte Bundesrepublik wäre das, was von der Bevölkerung Zyperns nun auf einen Schlag verlangt wird, eine Vermögensabgabe von etwa 800 Milliarden Euro.

Was wäre wohl in München, in Berlin, in der Bundesrepublik los, wenn jemand eine solche Abgabe verlangen würde?

Nur gewissenlose Menschen können behaupten, eine solche, auf einen Schlag erhobene Abgabe sei wirtschaftlich zumutbar, fair, sozial abgewogen, treffe nur die „Reichen“, sei angemessen oder was auch sonst. In Wirklichkeit wird hier eine Schocktherapie mit brachialer Macht umgesetzt, die – nicht nur von den Leidtragenden dieser Politik – zu Recht als „ökonomische Kriegsführung“ bezeichnet wird.

## Finanzplatz Zypern, Geldwäsche, Oligarchen

Dass auf Zypern Geldwäsche stattfindet, ist durchaus wahrscheinlich. Geldwäsche ist ein Thema für alle Finanzplätze dieser Welt. Die zypriotische Generalstaatsanwaltschaft – vergleichbar der deutschen Bundesanwaltschaft – hat seit Jahren eine Spezialabteilung, die dieses kriminelle Geschäft verfolgt.

Dass ausgerechnet der Bundesnachrichtendienst wenige Monate vor dem aktuellen Crash russischen Geschäftsleuten auf Zypern die Rolle der „bösen Buben“ zuschrieb und sie für alle Übel auf Zypern verantwortlich machte (Zeit, 4.11.2012, Spiegel), ist bei der russlandfeindlichen Politik der amtierenden Bundesregierung nicht verwunderlich. Es mutet an, als wolle jemand mit schlichten „linken“ Weltverbesserungsparolen einen bösen Scherz machen. „Die Reichen sollen die Krise bezahlen“? „Die Banken sind schuld“? Aber ja doch! Lasst doch russische Oligarchen zahlen, dann habt ihr beides! Liebe Grüße, euer Bundesnachrichtendienst!

Sozialen Forderungen eine nationalistische, fremdenfeindliche Wendung zu geben, ist ein beliebter Trick der politischen Rechten. Diesmal hat der BND diesen Trick angewendet.

Fakt ist: in den Übersichten internationaler Quellen zum Thema Geldwäsche taucht Zypern seit Jahren nicht auf. Weder bei der OECD noch bei der UNO noch bei der 1989 von den G-7-Staaten ins Leben gerufenen „Fatf“, einer internationalen Arbeitsgruppe gegen Geldwäsche, noch bei der deutschen Bafin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) ist das Land in den letzten Jahren jemals im Zusammenhang mit Geldwäsche auch nur erwähnt worden. Auch die in Sachen Geldwäsche ohnehin laxen deutsche Regierung hatte jahrelang keine Vorwürfe dieser Art gegenüber

Zypern erhoben. Im Januar dieses Jahres verteidigte sich das zypriotische Finanzministerium deshalb gegen die Vorwürfe des BND und ähnlich dubioser Quellen zu Recht mit dem Hinweis auf einen aktuellen Bericht der OECD. Danach hat Zypern alle 49 Richtlinien der EU zum Thema Geldwäsche entweder ganz oder teilweise umgesetzt. Zum Vergleich: Deutschland versuche gerade, 5 dieser 49 Richtlinien umzusetzen. (DTN, 18.1.13). Bereits 2011 hatte die OECD bzw. die FATF die Bundesregierung scharf kritisiert, weil sie die internationalen Vorschriften gegen Geldwäsche nur teilweise umgesetzt habe. Zwischen 40 und 60 Milliarden Euro kriminelle Gelder würden jährlich hierzulande „gewaschen“.

„Spiegel online“ zitierte am 27.3.13 Guntram Wolf, Vizedirektor des Brüsseler „Bruegel“-Instituts, mit der Vermutung, in Zypern gäbe es aktuell ca. 60 bis 65 Milliarden Euro liquide Mittel. Wenn diese Vermutung stimmt, dann werden in der Bundesrepublik Deutschland *jedes Jahr* ungefähr so viele kriminell erworbene Gelder „gewaschen“, wie auf ganz Zypern an Geld überhaupt vorhanden ist. Soviel zum „Splitter im Auge des anderen“.

## „Gesundschrupfen“?

In Teilen der hiesigen Medien kann man beim Thema Zypern derzeit den Eindruck haben, hier werde nicht von wirtschaftlichen Problemen einer kleinen Inselbevölkerung berichtet, sondern von einem Kriegsschauplatz. „Auf Zypern beruhigt sich die Lage, in Portugal spitzt sie sich zu“, schlagzeilte etwa die im Besitz der Dumont-Gruppe befindliche „Berliner Zeitung“ am 30. März. „Schäuble weist Zypern zurecht“, hieß es am 28.3.13 bei n-tv. „Zypern müsse erhebliche Einschränkungen erleiden“, habe Schäuble im Südwestrundfunk erklärt. „Aber nicht wegen Europa, nicht wegen des Internationalen Währungsfonds, sondern weil man in Zypern über Jahrzehnte ein Bankenmodell hatte, was nicht mehr zahlungsfähig ist“, wird Schäuble zitiert.

Soso. Ob der Bankensektor eines kleinen Landes wie Zypern mit einer Bevölkerungszahl von einem Hundertstel der deutschen Bevölkerung zu groß oder zu klein ist, entscheidet also neuerdings der deutsche Finanzminister?

Fakt ist: in internationalen Übersichten über Finanzplätze von Bedeutung taucht die Insel seit Jahren überhaupt nicht auf. Kein Wunder bei einem „Finanzplatz“, dessen sämtliche Banken



laut „Welt“ vom 26.3.13 zusammen auf eine Bilanzsumme von 128,1 Milliarden Euro kommen. Zum Vergleich: die Sparkasse Köln-Bonn hatte 2012 eine Bilanzsumme von ca. 28 Mrd. Euro, die Deutsche Bank AG eine von 2.180 Milliarden Euro. *Die Bilanzsummen aller Banken auf Zypern sind also so hoch wie die von vier bis fünf mittelgroßen deutschen Sparkassen. Oder wie ein Siebzehntel der Bilanz der Deutschen Bank.*

Die „Welt“, bestrebt, ihrem Finanzminister beizuspringen, lieferte gleich die Zahlen: Bruttoinlandprodukt (BIP) Zyperns (griechischer Teil); 17,9 Mrd. Euro, Bilanzsumme aller zyprischen Banken 128,1 Mrd. Euro = mehr als das Siebenfache BIP Zyperns; BIP Deutschland 2.645 Mrd. Euro, Bilanzsumme aller deutschen Banken 8.227 Mrd. Euro = ca. das 3,1fache BIP Deutschlands.

Nun kann man über den Unsinn von Vergleichen der Bilanzsumme von Banken mit dem Bruttoinlandprodukt des Landes, in dem sie ihren Geschäftssitz haben, lange streiten. Aber nehmen wir einfach mal an, dieser Vergleich sei sinnvoll. Was ist dann eine angemessene Proportion? Die deutsche? Wieso?

Allein die vier größten britischen Banken HSBC, Barclays, Lloyds und Royal Bank of Scotland hatten 2011 zusammen eine größere Bilanzsumme als alle deutschen Großbanken und Landesbanken zusammen. Der Anteil der Finanzwirtschaft am Bruttoinlandprodukt Großbritanniens lag schon vor Jahren etwa viermal so hoch wie in Deutschland. (DIW Wochenbericht 32-2011) Will sich Schäuble als nächstes die Londoner Banken vorknöpfen?

Tatsächlich legt sich dieser deutsche Machtpolitiker nur mit kleinen, schwachen Gegnern an. Die kleinen hängt man, sagt das Sprichwort. Das scheint auch Schäubles Leitmotiv zu sein.

Zu Recht hat deshalb der Zypern-Crash auch bei anderen kleinen Ländern in der EU Schockwellen ausgelöst. „Nach Zypern-Rettung will Slowenien nicht der nächste Kandidat sein“, schlagzeilte „Focus-Money“ am 27.3.13 und zitiert Sloweniens neue Regierungschefin Alenka Bratusek mit den Worten „Panik ist nicht notwendig“. „Müssen Malta und Luxemburg den Finanzsektor verkleinern?“, fragte die „Berliner Zeitung“ am 28.3.13. Schließlich sei in Luxemburg die Finanzbranche mit 22 zu 1 verglichen zum BIP dreimal größer als in Zypern. Der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn warnt vor einem deutschen Diktat: „Es darf nicht so weit kommen, dass unter dem Deckmantel von finanztechnischen Fragen andere Länder erwürgt werden.“ Der maltesische Finanzminister Edward Scicluna wird zitiert mit den Worten, für ihn sei die Nacht in Brüssel, als der Zypern-

Crash beschlossen wurde, eine „Lektion fürs Leben“ gewesen. Jetzt wisse er, wie ein kleines Mittelmeerland behandelt werde, wenn es Hilfe benötige. Selbst in Polen, das vor kurzem noch den Euro einführen wollte, macht sich Skepsis und Vorsicht gegenüber einer zu solchen Sanktionen neigenden deutschen Großmacht breit.

#### Gründe für die zyprische Notlage

Zypern als Schuldensünder zu bezeichnen, geht an allen Fakten vorbei. Tatsächlich war das Land bis 2008 noch ein Musterschüler der internationalen Politik. Die Staatsverschuldung war von 70,9% des BIP in 2005 auf 48,9% des BIP in 2008 abgebaut worden. Das Land zahlte Schulden zurück, während z.B. die deutsche Regierung weiter flott Schulden aufhäufte. Selbst 2012 lag die zyprische Staatsschuld mit 74,3% des BIP niedriger als die deutsche (82,5%).

Zwei Großereignisse warfen die Insel und ihre Wirtschaft in den letzten Jahren aber extrem zurück. Das eine war eine Explosion von Munition auf einem Militärstützpunkt nahe dem größten Kraftwerk der Insel im Jahr 2011. Die Kraftwerksblöcke, die 60% der Energieversorgung der Insel geliefert hatten, fielen aus, mussten monatelang durch teure Notstromaggregate ersetzt werden. Hohe Mehrkosten, Stromausfälle und ein augenblickliches Sinken der Wirtschaftsleistung waren die Folge.

Die Regierung hob die Mehrwertsteuer von 15 auf 17% an und verhängte trotz Protest einen zweijährigen Gehaltsstopp im öffentlichen Dienst. Aber das reichte nicht. Dann kam 2012 der Schuldenschnitt für Griechenland. Etwa ein Drittel der Anlagen zyprischer Banken waren in Griechenland angelegt. Nun geriet auch der Finanzsektor Zyperns in eine schwere Krise. Ein Hilfsantrag an die EU war unvermeidbar.

#### Was folgt?

Mit der in Brüssel an allen Parlamenten vorbei diktierten Zerschlagung der Laiki-Bank und der Restrukturierung der „Bank of Cyprus“ nimmt das Krisenpaket, das EU und IWF dem kleinen Land aufzwingen, erst seinen Anfang. Weitere Maßnahmen werden folgen, Steuererhöhungen, Streichungen bei den Renten, beim Arbeitslosengeld, bei anderen sozialen Leistungen, das ganze Programm. Die sozialen Folgen dieser sogenannten „Krisenpolitik“ werden schnell und desaströs sichtbar werden. EU-Kommissar Olli Rehn sprach davon, auf Zypern komme ein „ökonomischer Schock“ zu. Es wird nicht nur ein ökonomischer Schock sein, auch ein sozialer, ein gesellschaftlicher.

Seit der Deflationspolitik des deutschen Reichskanzlers Brüning in der

Weltwirtschaftskrise des vergangenen Jahrhunderts gilt als Kardinalfehler, als wirtschaftlicher GAU, wenn die öffentliche Hand versucht, einem wirtschaftlichen Abschwung „hinterher zu sparen“. Eine solche Politik verschärft die soziale Not und bremst den Abschwung nicht, sondern vertieft ihn. Das weiß auch die Bundesregierung und praktiziert deshalb eine solche Politik im Inland nicht. Aber kleineren, schwächeren Ländern in der EU wird genau das aufgezwungen.

Die deutsche Politik verstößt damit gegen alle Grundsätze der Solidarität und Fairness. Sie löst keine Krisen und Probleme, sie vertieft sie. Sie hilft nicht in Not geratenen Nationen und Regionen in der EU, sie zerstört und beschädigt diese noch mehr. Schon jetzt hat diese Politik im Euroraum zu einer vermutlich mehrjährigen Stagnation der gesamten europäischen Wirtschaft geführt, mit allen damit verbundenen negativen Folgen, insbesondere für die Alten und die Jungen, die auf den Arbeitsmarkt wollen und keine Jobs finden. Schon jetzt ist die Jugendarbeitslosigkeit horrend. Europa stagniert nicht nur, Europa fällt im globalen Vergleich zurück. Diese Bundesregierung betreibt ökonomische Machtpolitik pur, auf Kosten der kleinen, schwächeren Länder. Wie nannte das Kauder, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag? „In Europa wird jetzt deutsch gesprochen.“

Die neue Regierung Zyperns hat dilettantisch und grob falsch gehandelt, als sie bei Bekanntwerden der Absichten von Merkel & Co. ausgerechnet bei Putin in Russland Hilfe und Rückendeckung suchte, statt in der EU über eine faire Lösung zu verhandeln. Sie hat damit die Widersprüche zu anderen EU-Staaten vertieft und die Wut von Leuten wie Schäuble und Merkel vermutlich noch angefacht. Sicher wird die Restrukturierung des Bankensystems der kleinen Insel auch noch allerlei unappetitliche Klientelwirtschaft zutage fördern.

All das rechtfertigt aber nicht die Schockpolitik der EU gegenüber dem kleinen Land. Der in Berlin erscheinende „Tagesspiegel“ zitierte am 28.3.13 den zyprischen Wirtschaftsprofessor und Präsidenten des „Zentrums für europäische und internationale Studien“ in Nikosia, Prof. Andreas Theophanous, mit den zornigen Worten: „Wir hatten ein Minimum an Solidarität und Rationalität erwartet und haben es nicht bekommen.“

Wenn Merkel, Schäuble & Co. nicht in den Arm gefallen wird und ihrer desaströsen, gegen jede Kritik uneinsichtigen Machtpolitik in Europa ein Ende bereitet wird, dann gefährdet diese schwarz-gelbe Regierung noch die europäische Einigung dauerhaft.

rül

# Neuerlicher Waffenstillstand der PKK

Vor mehr als zwei Millionen Menschen wurde in Diyarbakir auf dem Newroz-Fest der Friedensaufruf von Abdullah Öcalan von Parlamentsabgeordneten der BDP auf Türkisch und Kurdisch verlesen. Die PKK-Führung erklärte einen Waffenstillstand.

Die Bühne und der Festplatz waren mit Fahnen und Bildern der Gründer der PKK geschmückt. Neben vielen ausländischen Gästen waren die Abgeordneten der BDP, die kurdischen Bürgermeister und die Familien getöteter PKK-Gründer und von Abdullah Öcalan auf der Bühne. Grußworte wurden von Vertretern der irakisch-kurdischen BDP und der syrisch-kurdischen PYD vorgetragen.

Den Höhepunkt bildete der Friedensaufruf Öcalans. Das staatliche türkische TV und zahlreiche private Sender übertrugen die Reden.

Monatelang hatten der inhaftierte Öcalan und Vertreter der türkischen Regierung über eine jetzt mögliche Beendigung des Krieges im türkischen Teil Kurdistans verhandelt. Dreimal besuchten BDP-Abgeordnete Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali. Sie stellten den Kontakt zu der PKK-Führung im Nordirak und dem Kurdischen Nationalkongress in Europa her, die ihre Zustimmung zu dem Friedensplan gaben, der den Rückzug der bewaffne-

ten kurdischen Kräfte in diesem Jahr vorsieht.

Der türkische Ministerpräsident Erdogan begrüßte den Friedensaufruf, bedauerte aber, dass auf den Newrozfeiern keine türkischen Fahnen zu sehen waren. Erdogan sicherte der kurdischen Guerilla freien Abzug zu, sollten sie unbewaffnet die Türkei verlassen. Die an der Grenze stationierten Gendarmerieeinheiten würden durch türkische Soldaten ausgetauscht werden. Bei dem letzten Rückzug der Guerilla 1999 wurden etwa 500 Kämpfer bei Gefechten getötet.

Die PKK und die BDP sprechen von mehreren Stufen: Als erstes steht der Rückzug der bewaffneten Kräfte an, wofür juristische und gesetzliche Regelungen von der türkischen Regierung und dem türkischen Parlament beschlossen werden müssen. Als zweites sollen mit Verfassungsänderungen die Rechte der Kurden und anderer Minderheiten anerkannt und regionale Selbstverwaltung verwirklicht werden. In der dritten Phase wird PKK die Waffen niederlegen, wofür eine Amnestieregelung nötig ist. Für einen erfolgreichen Verlauf wird die Freilassung der rund zehntausend politischen kurdischen Gefangenen vorausgesetzt.

Der KCK-Exekutivratsvorsitzender Murat Karayilan erklärte in einem In-

terview: „Bisher ging es vornehmlich darum, die Völker, die Kulturen, die Religionsgemeinschaften in dieser Region zu spalten und sie gegeneinander in Kämpfe zu verwickeln. Wir wollen nun einen Beitrag zu einer Neuformulierung des friedlichen Miteinanders dieser verschiedenen Gruppen leisten. Das ist unsere Perspektive, unser strategisches Ziel. Natürlich wollen wir zunächst zu einer Lösung der kurdischen Frage in der Türkei beitragen, einen Frieden der Völker in der Türkei etablieren. Ausgehend hiervon wollen wir allerdings auch ein Beispiel für die Völker der Region aufzeigen und mit diesem Schritt einen Mentalitätswechsel in der gesamten Region anstoßen. ... Wir treffen gegenwärtig auch die Vorbereitungen für einen Rückzug unserer bewaffneten Kräfte. Hierfür versuchen wir diese Kräfte zu erreichen und sie von dem neuen politischen Prozess zu überzeugen.“

Die Europäische Union könnte einiges zur Unterstützung dieses schwierigen Friedensprozesses tun. Ein wichtiger Schritt wäre, dass die PKK von der europäischen Terrorliste gestrichen wird. Sicherlich nicht dienlich ist es, wenn kurdische Politiker festgenommen werden wie zuletzt am 24. März auf dem Flughafen in Brüssel.

*Rudolf Bürgel*

## Öcalans historische Erklärung zu Newroz 2013

Ich gratuliere zum Newrozfest der Freiheit für die Unterdrückten.

Ich grüße die Völker des Mittleren Ostens und Zentralasiens, die Newroz, den Tag des Erwachens und des neuen Lebens, gemeinsam und in großer Zahl feiern.

Gegrüßt seien die Geschwistervölker, die Newroz, das Licht und den Beginn einer neuen Ära, mit Begeisterung und in demokratischer Toleranz feiern.

Gegrüßt seien alle, denen demokratische Rechte, Freiheit und Gleichheit auf ihrer langen Reise den Weg weisen. Euch grüßen von den Hängen von Zagros und Taurus, aus den Tälern von Euphrat und Tigris die Kurden, eines der ältesten der antiken Völker, das in Anatolien und Mesopotamien die Landwirtschaft, die dörfliche und die städtische Zivilisation hervorgebracht hat.

Die Kurden haben mit Angehörigen anderer Völker, Religionen und Konfessionen Tausende von Jahren freundschaftlich und geschwisterlich zusammen in diesen Zivilisationen gelebt und sie gestaltet. (...)

Diese großen Zivilisationen, diese verschwisterten Gemeinschaften wurden durch politischen Druck, Interventionen von außen und Partikularinteressen gegeneinander ausgespielt. Ordnungen wurden errichtet, die nicht auf Recht und Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit aufgebaut waren. Die Eroberungskriege der letzten 200 Jahre, die imperialistischen Interventionen des Westens und repressives und ignoranten Denken hatten zum Ziel, arabische, türkische, persische und kurdische Gemeinschaften durch Mikro-Nationalstaaten, künstliche Grenzen und künstliche Probleme zu ersticken.

Die Zeit der Kolonialregime, des repressiven und ignoranten Denkens ist abgelaufen. Die Völker des Mittleren Ostens und Zentralasiens wachen endlich auf. Sie wenden sich einander und ihren Wurzeln zu. Sie wollen nicht mehr verblendet und in Kriegen aufeinander gehetzt werden.

Die Menschen, vom Feuer von Newroz ergriffen, füllen zu Hunderttausenden und Millionen die Plätze und wollen

endlich Frieden, Geschwisterlichkeit und eine Lösung.

Durch diesen Kampf, der mit meinem individuellen Aufstand gegen die Ausweglosigkeit, in die ich geboren wurde, gegen Ignoranz und Knechtschaft begann, wollte ich ein Bewusstsein, ein Denken, einen Geist gegen jede Art von Zwang schaffen. Heute sehe ich, wie weit dieser Aufschrei geführt hat.

Unser Kampf war niemals gegen ein Volk, eine Religion, eine Konfession oder Gruppe gerichtet, das könnte niemals der Fall sein. Unser Kampf richtete sich gegen Unterdrückung, Unwissen, Ungerechtigkeit und erzwungene Rückständigkeit, gegen alle Formen von Repression und Knechtschaft.

Heute wachen wir in einer neuen Türkei, einem neuen Mittleren Osten auf und sehen in eine neue Zukunft.

Jugend, die meinem Ruf folgen will; Frauen, die meine Botschaft in ihr Herz lassen; Freunde, die meine Worte respektieren; Menschen, die mich anhören wollen:

Heute beginnt eine neue Ära.

Eine Tür öffnet sich von der Phase des

bewaffneten Widerstands zur Phase der demokratischen Politik.

Es beginnt eine Ära, die sich vorwiegend um Politik, Soziales und Wirtschaft dreht; es entwickelt sich ein Denken, das auf demokratischen Rechten, Freiheit und Gleichheit beruht.

Wir haben Jahrzehnte unseres Lebens für dieses Volk geopfert und einen großen Preis gezahlt. Keines dieser Opfer, keiner dieser Kämpfe war umsonst. Die Kurden haben zu sich selbst zurückgefunden und ihre Identität zurückgewonnen.

Wir sind an dem Punkt zu sagen: Die Waffen sollen endlich schweigen, Gedanken und Politik sollen sprechen. Das Paradigma der Moderne von Ignoranz, Verleugnung und Ausgrenzung ist zerschlagen. Ob Türken, Kurden, Lasen oder Tscherkessen – die Menschen bluten und mit ihnen blutet das Land.

Vor Millionen von Zeugen, die diesen Aufruf hören, sage ich: Endlich beginnt eine neue Ära, nicht die Waffen, sondern die demokratische Politik wird im Vordergrund stehen. Die Zeit ist gekommen, unsere bewaffneten Kräfte hinter die Grenze zurückzuziehen.

Ich bin der Überzeugung, dass alle, die an unsere Sache glauben und mir vertrauen, in höchstem Maße auf den sensiblen Charakter dieses Prozesses Rücksicht nehmen werden.

Dies ist kein Ende, sondern ein Neubeginn. Der Kampf ist nicht zu Ende, sondern ein neuer, anderer Kampf beginnt.

Ethnisch reine und mono-nationale Gebiete zu schaffen, ist eine unmenschliche Praxis der Moderne, die unseren Wurzeln und unserer Identität widerspricht. (...)

Verehrtes Volk der Türkei,

das türkische Volk, das in der Türkei, dem antiken Anatolien, lebt, soll wissen, dass das beinahe tausendjährige Zusammenleben mit den Türken unter der Flagge des Islam auf dem Gesetz von Geschwisterlichkeit und Solidarität beruht. In diesem Gesetz der Geschwisterlichkeit in seiner wahren Bedeutung ist kein Platz und darf kein Platz sein für Eroberung, Verleugnung, Zurückweisung, Zwangsassimilation und Vernichtung.

Die Politik des letzten Jahrhunderts basierte auf Repression, Vernichtung und Assimilation und stützte sich auf die kapitalistische Moderne. Sie stellte das Bestreben einer kleinen Machtelite dar, welche die Geschichte und das Gesetz der Geschwisterlichkeit in ihrer Gänze leugnete, aber nicht den Willen des Volkes repräsentierte. Heute ist offensichtlich, dass dieses Joch der Tyrannei der Geschichte und der Geschwisterlichkeit widerspricht. Um es gemeinsam abzuwerfen, rufe ich uns alle als die beiden grundlegenden strategischen Mächte des Mittleren Ostens



dazu auf, die demokratische Moderne in einer Weise aufzubauen, die unseren Kulturen und Zivilisationen gerecht wird.

Die Zeit des Streits, der Konflikte und der gegenseitigen Verachtung ist vorbei, die Zeit ist reif für Einheit, Gemeinsamkeit, Umarmung und Vergebung.

Türken und Kurden sind gemeinsam bei Çanakkale gefallen, sie haben den Befreiungskrieg zusammen geführt, 1920 das Parlament gemeinsam eröffnet.

Die Tatsache unserer gemeinsamen Vergangenheit legt uns nahe, auch unsere gemeinsame Zukunft zusammen aufzubauen. Der Gründungsgeist der Nationalversammlung der Türkei erleuchtet auch die neue Ära, die heute beginnt.

Ich rufe alle Vertreter der unterdrückten Völker, Klassen und Kulturen, die Frauen als älteste Kolonie und unterdrückte Klasse, die Angehörigen unterdrückter Konfessionen, Glaubensrichtungen und anderer kulturellen Gruppen, die Repräsentanten der Arbeiterklasse und alle vom System Ausgegrenzten auf: Das System der Demokratischen Moderne ist die neue Option des Wegs aus der Unterdrückung. Nehmt Euren Platz darin ein und eignet Euch seine Mentalität und Form an.

Der Mittlere Osten und Zentralasien sind auf der Suche einer zeitgemäßen Moderne und einem demokratischen Konzept, das ihrer eigenen Geschichte entspricht. Die Suche nach einem Modell, welches das freie und geschwisterliche Zusammenleben aller zulässt, ist zu einem so dringlichen Bedürfnis wie Brot und Wasser geworden.

Es ist unvermeidlich, dass wieder Anatolien und Mesopotamien, die dortige Kultur und Zeit, Vorreiter bei seinem Aufbau sein werden.

(...) Wir arbeiten daran, ein neues Modell aufzubauen, welches trotz aller Fehler und Defizite der letzten neunzig Jahre von Neuem alle Betroffenen, alle Völker die schlimmes Leid erlitten haben, alle Klassen und Kulturen einbezieht. Ich rufe alle diese Gruppen dazu auf, sich auf egalitäre, freie und demokratische Weise zu organisieren.

Kurden, Turkmenen, Aramäer und

Araber, die in Verletzung des Nationalpaktes geteilt wurden und heute in Syrien und der Arabischen Republik Irak schweren Konflikten und Problemen ausgesetzt sind, rufe ich auf, gemeinsam auf, in einer „Nationalen Solidaritäts- und Friedenskonferenz“ ihre Situation zu diskutieren, ein Bewusstsein zu schaffen und Beschlüsse zu fassen.

In der Geschichte dieser Gegend der Welt spielt der Begriff „Wir“ eine wichtige Rolle. Dieser breite und umfassende Begriff wurde von elitären Machtcliquen auf ein „Einzig“ reduziert. Die Zeit ist reif, dem Begriff des „Wir“ seine frühere Seele und Praxis zu verleihen.

Wir werden uns zusammenschließen gegen diejenigen, die uns spalten und aufeinander hetzen wollen. Wir werden uns vereinen gegen diejenigen, die uns teilen wollen.

Wer die Zeichen der Zeit nicht erkennt, wandert auf den Müllhaufen der Geschichte. Wer sich gegen den Strom des Wassers stellt, wird auf den Abgrund zugetrieben.

Die Völker der Region werden Zeugen einer neuen Morgendämmerung. Die Völker des Mittleren Ostens sind der Kriege, der Konflikte und der Spaltungen müde und wollen endlich auf ihren eigenen Wurzeln neu erblühen, Schulter an Schulter aufstehen.

Dieses Newroz ist für uns alle eine frohe Botschaft.

Die Wahrheiten in den Botschaften von Moses, Jesus und Mohammed werden heute mit neuen frohen Botschaften lebendig. Die Menschen versuchen, das Verlorene zurückzugewinnen.

Wir leugnen nicht komplett die gegenwärtigen zivilisatorischen Werte des Westens.

Wir nehmen ihre Werte von Aufklärung, Freiheit, Gleichheit und Demokratie und führen sie in eine lebendige Synthese mit unseren eigenen Werten und universellen Formen des Lebens.

Die Basis des neuen Kampfes sind Gedanken, Ideologie, demokratische Politik und der Beginn einer großen demokratischen Offensive.

Gegrüßt seien alle, die diesen Prozess und eine demokratische und friedliche Lösung unterstützen!

Gegrüßt seien alle, die Verantwortung übernehmen für Gleichheit, die Geschwisterlichkeit der Völker und demokratische Freiheit!

Es lebe Newroz, es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker!

Gefängnis Imrali, 21. März 2013

Abdullah Öcalan

*Übersetzung aus dem Türkischen: Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan*

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V., [www.civaka-azad.org](http://www.civaka-azad.org) // [info@civaka-azad.org](mailto:info@civaka-azad.org), Bornheimer Landstraße 48, 60316 Frankfurt / geringfügig gekürzt



## Bosnien-Herzegowina: Gewerkschaftsrechte bei DM?

Mersiha Beširevic, Vorsitzende der bosnisch-herzegowinischen Handelsgewerkschaft STBIH, wandte sich im Vorjahr an die österreichische Gewerkschaft GPA-djp, um auf Verletzungen von Gewerkschaftsrechten seitens des deutschen DM-Konzerns (Drogeriemärkte) aufmerksam zu machen. Die Geschäftsführung von DM Bosnien-Herzegowina verweigert der Gewerkschaft die offizielle Zustimmung, Beschäftigte in den DM-Filialen gewerkschaftlich zu organisieren. In Bosnien und Herzegowina sind seitens der Beschäftigten nur Gewerkschaften kollektivvertragsfähig. Nach bosnisch-herzegowinischem Arbeitsrecht können nur Gewerkschaftsmitglieder eine betriebliche Beschäftigtenvertretung wählen. Wenn die zuständige Gewerkschaft einem Betrieb nicht organisieren kann/darf, bleibt der Betrieb ohne Betriebsgewerkschaft und somit auch ohne Kollektivvertrag. Die GPA-djp intervenierte mit einem Schreiben an den Geschäftsführer von DM Bosnien und Herzegowina, Damir Slosel. Hr. Slosel erklärte sich in seinem Antwortschreiben dazu bereit, mit der Kollegin Beširevic in Kontakt zu treten und gemeinsam mit der Handelsgewerkschaft an der Verbesserung des Arbeits- und Sozialrechtes mitzuarbeiten.

Quelle: <http://international.gpa-djp.at>, 17.3.2013

## Ungarn: Kündigung politisch unliebsamer Professoren

Studenten und Mitarbeiter der humanwissenschaftlichen Fakultät der Elte-Universität in Budapest protestierten mit einer Menschenkette gegen die Entlassung von 22 Lehrkräften, die nach Meinung der Demonstranten aus politischen Gründen erfolgt ist. Die Professoren vertraten offenbar zu liberale, linke, weltoffene Positionen. Diese Art der Säuberung ist vor allem im öffentlich-rechtlichen Kultur- und Medienbetrieb in Ungarn inzwischen Standard. Hinzu kommt, dass die Betroffenen nur eine Woche voraus von der ab 1. März wirksamen Kündigung informiert worden seien. Als Begründung gab die Verwaltungsleitung wirtschaftliche Gründe an, in den Kündigungsschreiben nutzte man jedoch auch den von der Orbán-Regierung für den öffentlichen Dienst installierten „Vertrauensverlust“ als Kündigungsgrund, der nicht weiter begründet werden muss.

Quelle: <http://www.pestierlloyd.net>, 28.02.2013

## Türkei: ITF und Hava-Is beschwerten sich bei der IAO

Die ITF und die ihr angeschlossene türkische Luftverkehrsgewerkschaft

Hava-Is haben bei der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) Beschwerde gegen die türkische Regierung und die staatliche Fluggesellschaft Turkish Airlines eingereicht. Anlass ist das Verhalten der Fluggesellschaft, das im Mai 2012 zur Entlassung von 305 Beschäftigten führte und nach Meinung von ITF und Hava-Is mehrere Lücken in der türkischen Gesetzgebung offenbart. Demnach komme die türkische Regierung ihrer Verantwortung nicht nach, die Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften zu schützen.

Die beiden Organisationen kritisieren das neue türkische Gesetz für Gewerkschaften und Kollektivverträge als unzureichend. Angesichts der schweren Verstöße gegen Gewerkschaftsrechte durch die Fluggesellschaft appellieren sie eindringlich an den IAO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit, die Türkei der Verletzung ihrer im Rahmen von IAO-Übereinkommen eingegangenen Verpflichtungen für schuldig zu befinden und sie dazu aufzufordern, das neue Gewerkschaftsgesetz zu ändern und umfassend mit den Grundsätzen der Vereinigungsfreiheit in Einklang zu bringen. Der Ausschuss möge die türkische Regierung zudem darum ersuchen, die sofortige Wiedereinstellung der noch entlassenen Beschäftigten bei voller Lohnnachzahlung und angemessener Entschädigung zu veranlassen. Grund für die Entlassungen war die Teilnahme der Beschäftigten an demokratischen und friedlichen Protesten gegen Versuche der Regierung, Streiks im Luftverkehrssektor zu verbieten.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 22.3.2013

## Türkei: Festnahme von Gewerkschaftsmitgliedern

Am frühen Morgen des 19. Februar hat die Polizei bei Mitgliedern der Gewerkschaft der Angestellten des öffentlichen Dienstes Razzien durchgeführt. Dieser erneute Angriff auf die Gewerkschaftsbewegung, die in über 28 Städten im ganzen Land stattfand, endete mit der Festnahme von mindestens 100 Gewerkschaftern, einschließlich Mitgliedern der LehrerInnengewerkschaft Egitim Sen. Insgesamt wurden 167 Haftbefehle wegen angeblicher Zusammenarbeit mit terroristischen Organisationen erlassen. Inzwischen wurden 58 der verhafteten Gewerkschaftsmitglieder in Haft genommen, während der Rest wieder entlassen wurde. Dies ist nicht das erste Mal, dass türkische Behörden Terrorismusbekämpfungsgesetze nutzen, um gegen Gewerkschaften vorzugehen. Am 10. April beginnt am 13. Gericht für Schwerverbrechen in Ankara ein Prozess gegen 72 andere Mitglieder von KESK, die am 25. Juni 2012 festgenommen worden waren. Der

Internationale Gewerkschaftsbund, Education International, die Internationale der öffentlichen Dienste und die Europäischen Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst, die Millionen von organisierten Angestellten aus aller Welt repräsentieren, haben eine neue Kampagne ins Leben gerufen, die die sofortige und bedingungslose Freilassung der inhaftierten Gewerkschaftsmitglieder verlangt.

Quelle: <http://www.labourstartcampaigns.net>, 5.3.2013

## Türkei: Ikea-Beschäftigte gründen weltweite Allianz

Für rund 100 000 Beschäftigte im weltweiten Ikea-Konzern fiel in der ersten März-Woche in Istanbul eine wichtige Entscheidung. Bei einem mehrtägigen Treffen von 20 Gewerkschaften aus 14 Ländern wurde eine Ikea global Union Alliance gegründet, die zukünftig dafür sorgen soll, dass die Rechte der Beschäftigten in allen Ländern, in denen Ikea präsent ist, denen in Schweden und Deutschland angeglichen werden.

Die globale Allianz derjenigen Gewerkschaften, bei denen Ikea-Beschäftigte organisiert sind, soll vor allem die Kollegen in den Schwellen- und Drittweltländern unterstützen, in denen Gewerkschaften stark behindert werden und die gesamte arbeitsrechtliche Situation den westeuropäischen Verhältnissen noch stark hinterher hinkt.

Das Gefälle zwischen einzelnen Ländern sei enorm, und die Ikea global Alliance will in Verhandlungen mit dem Ikea-Management jetzt dafür sorgen, „dass die guten Standards, die Ikea für sich beansprucht, auch überall gelten“.

Das Treffen fand bewusst in Istanbul und nicht in Schweden oder Deutschland statt, weil alle Beteiligten hier gleich ganz anschaulich erfahren konnten, um welche Probleme es konkret geht. Seit zwei Jahren versucht die Gewerkschaft Koop-Is, die für die Beschäftigten von Ikea zuständig wäre, in dem Betrieb Fuß zu fassen. Die Ikea-Angestellten in Istanbul und Ankara klagen über schlechte Bezahlung, lange Arbeitszeiten und oft fehlende soziale Absicherung, weil sie nicht sozialversicherungspflichtig angestellt werden, sondern auf Honorarbasis jobben müssen.

Damit in der Türkei eine Gewerkschaft tätig werden kann, muss sie nachweisen, dass sie mehr als 50 Prozent aller Beschäftigten im Betrieb vertritt. Arbeitgeber versuchen deshalb oft zu verhindern, dass die Gewerkschaft das Quorum erreicht. Und die angeblich so vorbildlichen Arbeitgeber mit dem Elch-Logo machen da am Bosphorus keine Ausnahme.

Ikea hat sich bisher damit herausgeredet, dass die Häuser in der Türkei,



wie übrigens auch in Griechenland und den Golf-Staaten, von Franchisepartnern und nicht von Ikea selbst betrieben werden. In der Türkei ist das die Firma Mappa, die laut Güney, „nach außen zwar so tut, als würde sie Gewerkschaften akzeptieren, sich praktisch aber ganz anders verhält“.

Der erste Punkt, den die gewerkschaftliche Allianz dem Ikea-Management deshalb jetzt präsentierte, ist, dass „in allen Ikea-Filialen weltweit der Zugang und die freie Betätigung für Gewerkschaften garantiert wird“. „Das“, so Alke Bössiger, „ist überhaupt die erste Voraussetzung, damit die Durchsetzung der Ikea-Standards erreicht werden kann.“ Insgesamt hat man sich auf 14 Punkte verständigt, die mit Ikea diskutiert werden sollen, darunter „faire Bezahlung“, „gesunde Arbeitsbedingungen“ und „institutionalisierte Gesprächsrunden zwischen Beschäftigten und Geschäftsführung“, um Probleme im Dialog anzugehen.

Zu der Tagung der Gewerkschafter/innen war in Istanbul an einem Tag auch die für die weltweite Personalplanung zuständige Managerin Petra Hesser dazu gestoßen, um mit dem Dialog schon mal zu beginnen. „Sie hat sich auch mit Mappa getroffen. Wir wissen zwar noch nicht, was dabei herausgekommen ist, doch da Ikea immer sehr auf sein Image bedacht ist, rechne ich damit, dass es für die Kollegen besser wird“, sagte anschließend Alke Bössiger.

Für Verdi war Ulrich Dalibor, Bereichsleiter Einzelhandel beim Bundesvorstand, vor Ort in Istanbul. Er berichtete, dass nach Ikea auch andere globale Handelsriesen wie Metro, mit ihren Ablegern Media-Markt und Saturn, die Klamottenladenkette H&M und Inditex, die Muttergesellschaft des spanischen ZARA-Konzerns, ins Visier genommen werden sollen. „Man darf die Kollegen in Deutschland aber auch nicht überfordern“, warnte er. „Es gibt selbst bei uns, bei Metro und Aldi-Süd zum Beispiel, auch noch gewerkschaftsfreie Zonen.“

Quelle: <http://www.verdi.de> 03.2013

## Kolumbien: Kokabauern fordern Alternativen

Erneut kommt es in Kolumbien zu Protesten von Bauernorganisationen. Um die 800 Kokaanbauer kampieren momentan in den Sportanlagen der Stadt San José del Guaviare. Sie fordern, dass die Regierung ihnen eine Garantie dafür gibt, dass sie eine Entschädigung für ihre zerstörten Kokafelder erhalten und keine weiteren mehr vernichtet werden. Für die zerstörten Felder verlangen sie nicht nur einen Ersatz, sondern auch dass ihnen eine wirtschaftliche Alternative aufgezeigt wird. Um die 6000 Hektar Koka wer-

den angeblich im Bundesstaat Guaviare angepflanzt. Für viele kolumbianische Bauern ist der illegale Anbau von Koka die einzige Einnahmequelle. Bereits im Oktober letzten Jahres fanden Verhandlungen zwischen Kokabauern und der kolumbianischen Regierung statt. Man wollte die Zerstörung der Felder aussetzen und weitere Treffen mit dem Innen-, Umwelt-, und dem Minister für Landwirtschaft anberaumen, lautete die Einigung zur Beendigung der Proteste. „Die abgemachten Treffen fanden jedoch nie statt, sämtliche getroffenen Abkommen wurden nicht eingehalten. Im Februar kehrte das Militär zurück und vernichtete noch mehr Felder per Hand“, beklagt Hernando Hernández Tapasco, einer der Vertreter der Bauern.

Quelle: <http://amerika21.de>, 25.03.2013

## Honduras: Kampagne für freie Gewerkschaften

Auf den Bananenfarmen Ana María, María und Bárbara werden Arbeiterinnen und Arbeiter wegen ihrer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Sitrainba drangsaliert und entlassen. Das berichtet die Gewerkschafts koordinierung Cosibah. Sie verlangt mit einer Solidaritätskampagne vom Besitzer José Lorenzo Obregón, die Rechte der Beschäftigten zu beachten. Der Fruchtkonzern Chiquita vertreibt die Bananen dieser Farmen und steht deshalb zusammen mit der Zertifizierungsfirma Rainforest Alliance ebenfalls in der Kritik. Für die entlassenen Arbeiterinnen ist der Verlust ihrer Erwerbsarbeit besonders hart. Wegen der Diskriminierung bei Lohn und Beschäftigungszeiten sind sie an sich schon stark benachteiligt. Sitrainba fordert seit August 2012 Tarifverhandlungen für die drei Farmen, die Tres Hermanas (Drei Schwestern) genannt werden. Dabei stützt sie sich als rechtmäßig gegründete Gewerkschaft auf die Arbeitsgesetze in Honduras und die Arbeitsrechtskonventionen der Internationalen Organisation für Arbeit (ILO).

Das Siegel des Zertifizierungs-Unternehmens Rainforest Alliance setzt die Einhaltung dieser Arbeitsnormen voraus. Tatsächlich aber werden sie grob missachtet. Trotzdem sind die Bananen von Tres Hermanas mit dem RA-Siegel auf dem Chiquita-Etikett im Handel. Die Verstöße werden von den Beschäftigten bezeugt, die regelmäßig Drohungen und Kündigungen wegen ihrer Gewerkschaftsmitarbeit erhalten haben. Leider ist die Repression auf Tres Hermanas keine Ausnahme. Deshalb hatten 26 Gewerkschaftsverbände in Honduras im März 2012 über den US-amerikanischen Gewerkschaftsverband AFL-CIO vor dem Amt für

Handel und Arbeitsangelegenheiten der US-Regierung Beschwerde eingelegt, weil laut Freihandelsvertrag zwischen beiden Ländern die Regelungen für die Einhaltung der Arbeitsrechte sorgen müssten.

Quelle: <http://www.makefruitfair.de>, 7.3.2013

## Kambodscha: CCC-AktivistInnen festgenommen

Die kambodschanische Polizei hat am vergangenen Dienstag in der Nähe von Phnom Penh AktivistInnen der International Clean Clothes Campaign (CCC) aus Belgien, Dänemark, Niederlande, Norwegen und Österreich festgenommen. Nach dem Protest von Textilarbeiter/innen vor der Bekleidungsfabrik E-Garment wurden die fünf AktivistInnen zu einer Polizeistation gebracht, wo sie mehr als sechs Stunden lang festgehalten wurden. Anlass der Demonstration waren brutale Übergriffe mit Eisenrohren und nagelbesetzten Holzstöcken auf 41 Beschäftigte sowie deren illegale Entlassung. „Dass unsere Kolleginnen und Kollegen, die sich für die Rechte anderer Menschen stark machen, ohne ersichtlichen Grund mit Staatsgewalt eingeschüchtert werden sollen, zeigt die zugespitzte Situation im Bezug auf die Menschenrechte bei der Arbeit in Kambodscha“, sagt Inkota-Referent Berndt Hinzmann. Seit dem 28. Januar befinden sich die Beschäftigten von E-Garment im Streik. Die europäischen AktivistInnen wollten sich vor Ort ein Bild von der Lage machen. Anlass des Streiks war die unrechtmäßige Entlassung von 41 Mitgliedern der lokalen Gewerkschaft C.CAWDU. Seit Beginn des Streiks attackierten Polizei und Schlägertrupps die protestierenden Beschäftigten und Gewerkschaftsmitgliedern wiederholt. Sieben Demonstrierende waren mit Eisenrohren und nagelbesetzten Holzstöcken angegriffen und niedergeschlagen worden, unter ihnen eine schwangere Frau. Die Streikenden verlangen in erster Linie die Wiedereinstellung der zu Unrecht entlassenen Beschäftigten und die Bezahlung der durch den Streik ausstehenden Gehälter. Weiterhin fordern sie das Fabrikmanagement und die Polizei auf, die gewalttätigen Einschüchterungsversuche zu beenden. „Die Tatsache, dass die kambodschanische Polizei internationale NGO-Aktivistinnen und -Aktivisten festnimmt, nur weil wir uns mit Arbeiterinnen und Arbeitern vor dem Fabrikeingang getroffen haben, sagt sehr viel über die Menschenrechtssituation und die Organisationsfreiheit in diesem Land aus“, so die österreichische CCC-Aktivistin Michaela Königshofer, die selbst verhaftet worden war.

Quelle: <http://www.inkota.de>, 11.3.2013



## Atom Müll-Kompromissvorschlag hat entscheidenden Fehler

HAMBURG. Atomkraftgegner mahnen richtige Reihenfolge bei Atom Müll-Suchverfahren an: Erst Enquete-Kommission und dann das Gesetz. Nach einer gründlichen Analyse des Vorschlags von Altmaier, Weil und Wenzel zum Endlagersuchgesetz erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation Ausgestrahlt: „Der Vorschlag macht einige Schritte in die richtige Richtung, hat aber einen entscheidenden Fehler: Es macht keinen Sinn und ist schädlich, ein Verfahren für die Endlagersuche bereits jetzt gesetzlich festzulegen, bevor die Enquete-Kommission wesentliche Fragen für die Ausgestaltung dieses Verfahrens beantwortet hat. So entsteht der Eindruck, dass die Enquetekommission lediglich dazu eingerichtet wird, damit Niedersachsen dem bestehenden mangelhaften Gesetzentwurf zustimmt – aber nicht, weil Peter Altmaier der Kommission wirklich zugestehen will, einen tragfähigen Konsens zu erarbeiten, der dann gesetzlich umgesetzt wird. Verstärkt wird dieser Eindruck noch durch den Umstand, dass die Ergebnisse der Kommission keine Verbindlichkeit haben sollen, sondern vom Bundestag samt und sonders abgelehnt werden können. Wir fordern SPD und Grüne und die von ihnen regierten Bundesländer dazu auf, die Verabschiedung des Gesetzes zurückzustellen, bis die Ergebnisse der Enquete-Kommission vorliegen.“

[www.ausgestrahlt.de/](http://www.ausgestrahlt.de/)

## Protest von BUND und Campact zum Energiegipfel:

BERLIN. Anlässlich des heute stattfindenden Energiegipfels von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten haben der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und das Kampagnennetzwerk Campact die Bundesregierung aufgefordert, die Energiewende zu beschleunigen und deren Kosten gerechter zu verteilen. Den geplanten Angriff auf die Energiewende durch die sogenannte Strompreisbremse müssten die Ministerpräsidenten der Länder ablehnen, forderten Sprecher beider Organisationen während einer Protestaktion vor dem Bundeskanzleramt. Bei der Aktion zersägten Darsteller von Wirtschaftsminister Philipp Rösler und Umweltminister Peter Altmaier mit Motorsägen ein Windrad. Anschließend richteten Demonstranten das Windrad wieder auf. „Entscheidend ist, dass

der Ausbau einer umweltfreundlichen Stromerzeugung durch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort auch künftig weitergehen kann. Dieses Erfolgsmodell darf nicht durch falsche Vorschläge im Zusammenhang mit der Strompreisbremse in Frage gestellt werden“, sagte der BUND-Energieexperte Thorben Becker. Die Bundesländer müssten alle Vorschläge für Korrekturen in der Energiepolitik strikt ablehnen, wenn sie die Energiewende gefährdeten und den sozialpolitischen Herausforderungen nicht gerecht würden. „Es geht darum, die Energiewende weiterzuführen, die Kosten des Umbaus der Stromversorgung gerechter zu verteilen und zugleich eine aktive Sozialpolitik auf den Weg zu bringen“, sagte Becker. [www.bund.net/](http://www.bund.net/)

## Es tut sich was! – Aktuelles um den Wiederaufbau der Synagoge Stavenhagen

BERLIN. Nachdem der endgültige Verfall der baufälligen Synagoge in Stavenhagen buchstäblich in letzter Minute abgewendet werden konnte, nimmt der Wiederaufbau nun ganz konkrete Züge an. Begleitet wird der Baubeginn von lokalen Recherchen und studentischen Gestaltungsentwürfen. Am 7. Dezember 2012 war es soweit: der offizielle Baubeginn für den Wiederaufbau der Synagoge in Stavenhagen hat begonnen. Viele Jahre waren vergangen, ohne dass an den baufälligen Resten des einstigen Gemeindehauses konkrete Maßnahmen getroffen wurden. Den steten Verfall konnte auch eine Bausicherung aus den 1990ern nur bedingt aufhalten, es musste schnell gehandelt werden.

So gründete sich 2011 der Verein „Alte Synagoge Stavenhagen e. V.“ um die nötigen Schritte schnell voranzutreiben. Trotz des dramatischen Zustands der Synagoge kam der Baubeginn noch rechtzeitig, einen weiteren Winter ohne weitere Schutzmaßnahmen hätte das Bauwerk wohl nicht überstanden. Mit dem Beginn der Sanierungsarbeiten sind die Weichen für eine erfolgreiche Sanierung nun gestellt. Und obwohl der langanhaltende Winter die Bautätigkeiten nur zögerlich vorankommen lässt, tut sich rund um den Wiederaufbau eine ganze Menge. So recherchierten Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Stavenhagen die Lebensgeschichten von Jüdinnen und Juden aus dem Ort ebenso wie deren ehemalige Wohnstätten.

[www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

## Prävention: Paritätischer kritisiert Gesetzentwurf zur Gesundheitsvorsorge als altbackene Luftnummer

BERLIN. Als absolut unzureichend kritisiert der Paritätische Gesamtverband die Pläne der Bundesregierung zur Stärkung der Gesundheitsvorsorge in Deutschland. Der Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Förderung der Prävention bleibe meilenweit hinter den neuesten gesundheitswissenschaftlichen Erkenntnissen zurück. Keinerlei Antworten gebe die Regierung auf die wachsende Gesundheitskluft in Deutschland. Damit Gesundheitszustand und Lebenserwartung in Deutschland nicht länger vom Geldbeutel abhängen, fordert der Verband stattdessen ein echtes Präventionsgesetz, das Qualitätsstandards von Präventionsan-

**Die Drohnen-Kampagne läuft an:** TÜBINGEN. Anfang März trafen sich Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Friedens- und Bürgerrechtsbewegungen in Hannover, um über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit unbemannten, bewaffneten Drohnen (sog. Kampfdrohnen) zu beraten. Anlass dazu gaben die in letzter Zeit sich häufenden Überlegungen aus Regierungskreisen zur Anschaffung dieser neuen Waffen. Daraus hervor ging der bundesweite Appell „Keine Kampfdrohnen!“, der bereits zum jetzigen Zeitpunkt von 100 Gruppen, Verbänden und Initiativen mitgetragen wird. Das breite Bündnis besteht aus Organisationen der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung, Kirchengruppen und Gewerkschaften sowie Bürgerinitiativen. Die Kampagne zielt auf die Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren, die durch die Aufrüstung mit Kampfdrohnen und Aufklärungsdrohnen verbunden sind und fordert konkret von Bundesregierung und Bundestag den „Irrweg“ der Anschaffung und Produktion bewaffneter Drohnen sowie die diesbezügliche Forschung und Entwicklung aufzugeben und sich für ein weltweites Verbot und die völkerrechtliche Ächtung dieser Waffen einzusetzen. Zudem wird sich das Bündnis um eine stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Gruppen auf internationaler Ebene bemühen. Das Bündnis ruft ab dem 24. März zur namentlichen Unterstützung des Appells auf und stellt dafür Unterschriftenlisten bereit. Auf dem Internetportal [www.drohnen-kampagne.de](http://www.drohnen-kampagne.de) werden zudem die zusätzliche Möglichkeit einer Online-Unterstützung des Appells sowie Informationen und Materialien zum Thema Drohnen bereitgestellt. [www.imi-online.de/](http://www.imi-online.de/)





geboten sichert und eine verlässliche Finanzierung garantiert. „Hier wird ein Placebo-Gesetz auf den Weg gebracht, das keinerlei Antworten auf die wachsende Gesundheitskluft zwischen Arm und Reich in unserem Land bietet“, so Gesundheitsexperte Rosenbrock. Die Situation in Deutschland sei ernst. Die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung sterben im Durchschnitt zehn Jahre früher als die reichsten 20 Prozent. Bei ihnen zeigten sich chronische Erkrankungen früher und verliefen deutlich schwerwiegender, so Rosenbrock. Schon im Kindergarten manifestierten sich die ungleichen Gesundheitschancen.

[www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de)

## „Rückwärtsgewandte Politik“: EZ ausbauen statt kürzen

BONN. Die Bundesregierung hat am heutigen Mittwoch die Eckwerte des Haushalts 2014 vorgestellt. Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) soll demnach um 0,22 Prozent auf 6,28 Milliarden Euro gekürzt werden. Bereits im letzten Jahr wurden die Mittel für das BMZ um 86 Millionen Euro gekürzt. Hinzu kommt eine Verlagerung von Maßnahmen des internationalen Klima- und Umweltschutzes aus dem Sondervermögen Energie- und Klimafonds in den BMZ-Etat. Die Verlagerung umfasst Ausgaben in Höhe von 231 Millionen Euro. Faktisch bedeutet das, dass das Entwicklungsministerium für 2014 insgesamt 245 Millionen Euro weniger zur Verfügung haben wird. „Es ist nachvollziehbar, dass die Regierung einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf präsentieren möchte. Doch bei Zukunftsinvestitionen zu sparen und nicht etwa bei politisch fragwürdigen Subventionen, ist kurzsichtig“, so Venro-Vorstandsvorsitzender Ulrich Post. Venro mache sich dafür stark, die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit kontinuierlich zu steigern. Dabei setzt sich der Verband für eine qualifizierte Steigerung des BMZ-Etats und der ODA-Mittel ein. Qualifiziert heißt, dass vor allem lokale zivilgesellschaftliche Aktivitäten gestärkt und das entwicklungspolitische Engagement in Deutschland stärker gefördert werden. Venro plädiert überdies dafür, dem Entwicklungsministerium mehr Kompetenzen zu übertragen. [www.venro.org](http://www.venro.org)

## Gegen Lohndiskriminierung von Frauen

BERLIN. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) fordert entschlossenes Handeln gegen die fortwährende Lohndiskriminierung von Frauen. „In diesem Jahr stehen 22 Prozent Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern. Um auf das Lohnniveau von Männern zu kommen, müssen Frauen 80 Tage für lau arbeiten. Das ist beschämend und ge-

hört umgehend auf die politische Tagesordnung. Dies erklärte SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack am Mittwoch anlässlich des Equal Pay Day am 21. März. Die deutlichen Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen seien mit erschreckenden sozialen Risiken verbunden. „Rund 4,65 Millionen Frauen haben eine Stelle auf 400-Euro-Basis. Diese Minijobberinnen müssen fürchten, im Alter zu verarmen. Denn ihre Rente wird nach heutigen Werten 200 Euro nicht übersteigen“, betonte Schliepack. Neben der Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns von wenigstens 8,50 Euro müsse der flächendeckende Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen rasch und zielgerichtet erfolgen. „Wir fordern die Bundesländer und Kommunen auf, Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Zudem stehen die Arbeitgeber in der Verantwortung, die bestehenden Lohnstrukturen zu prüfen und Benachteiligungen von Frauen abzustellen.“

[www.sovd.de/sozialverband\\_deutschland.htm](http://www.sovd.de/sozialverband_deutschland.htm)



## Marginale Änderungen: Gesetzentwurf zu Bestandsdatenabfrage weiter verfassungswidrig

BIELEFELD. Schon im November 2012 hat der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung kritisch auf die geplante Änderung des Telekommunikationsgesetzes hingewiesen. Nach weiterer Kritik aus den Reihen von Rechtsexperten und Datenschützern hat der Bundestagsausschuss daraufhin Änderungen vorgenommen, die jedoch nur marginaler Natur sind und den Kern der Probleme unberührt lassen. Die Verabschiedung der Gesetzesänderungen soll am morgigen Donnerstag erfolgen, und würde einen drastischen Einschnitt in die wesentlichen Persönlichkeitsrechte der Menschen bedeuten und das Brief- und Telekommunikationsgeheimnis erheblich schwächen ...

1. Es fehlt bereits die verfassungsrechtlich gebotene abschließende Bestimmung, welche Vorschriften einen Zugriff auf Kommunikationsdaten erlauben sollen (einfachgesetzliches Zitiiergebot).  
2. Entgegen den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sollen Zugriffe auf Kommunikationsdaten durch Polizeibehörden nicht beschränkt werden auf

Fälle konkreter Gefahr oder des Verdachts einer besonders gewichtigen Ordnungswidrigkeit oder Straftat. Entgegen den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts soll die Identifizierung von Internetnutzern selbst zur Ermittlung geringfügiger Ordnungswidrigkeiten zugelassen werden.

3. Entgegen den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts soll die Identifizierung von Internetnutzern durch Geheimdienste keine tatsächlichen Anhaltspunkte für das Vorliegen einer konkreten Gefahr voraussetzen.

4. Es ist unklar und nicht kontrollierbar, unter welchen Voraussetzungen Anbieter Zugriffscodes wie Mailbox-Pins oder E-Mail-Passwörter an Staatsbehörden herausgeben dürfen.

5. Der Bund will Anbietern verbieten, betroffene Kunden über erfolgte Datenabfragen zu benachrichtigen, selbst wo die Länder Stillschweigen nicht anordnen (z.B. bei Suizidgefahr oder Vermissten).

6. Den Datenzugriff durch eine elektronische Schnittstelle weiter zu erleichtern ist unverhältnismäßig und verfassungswidrig. [www.vorratsdatenspeicherung.de/](http://www.vorratsdatenspeicherung.de/)

## „Conscious Collection“ von H&M: Ohnmächtige Näherinnen machen Werbung für Existenzlöhne

WUPPERTAL. Die letzte Woche lancierte H&M-Werbekampagne Conscious Collection steht im krassen Gegensatz zur Arbeitsrealität in Asiens Textilfabriken. Allein in Kambodscha sind seit 2010 mehr als 2.400 NäherInnen kollabiert, mehrere Hundert davon in H&M-Zulieferbetrieben. Infolge zu niedriger Löhne sind viele ArbeiterInnen mangelernährt. Die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) fordert deshalb vom Branchenführer H&M die Zahlung von Existenzlöhnen. KonsumentInnen ruft die Kampagne auf, per Petition den öffentlichen Druck auf H&M und andere Modekonzerne zu erhöhen. Mit einem Umsatz von rund 16,3 Mrd. EUR und über 2 Mrd. EUR Gewinn (im Jahr 2012) steht H&M besonders in der Pflicht, seinen ArbeiterInnen in Asien endlich genug zu zahlen, damit sie und ihre Familien wenigstens ausreichend zu essen haben. Eine Verpflichtung des Branchenprimus zu Existenzlöhnen hätte Signalwirkung für die gesamte Modeindustrie. In Kambodscha kämpften Gewerkschaften dieser Tage um eine Anhebung des Monatslohns von heute 61 auf 150 Dollar. Am 21. März wurde daraufhin der neue staatliche Mindestlohn von 75 Dollar bekannt gegeben. Laut Schätzung der Asia Floor Wage Alliance bräuchte eine kambodschanische Näherin und ihre Familie zur Existenzsicherung jedoch 274 Dollar – fast das Vierfache des neuen Mindestlohns. [www.saubere-kleidung.de/](http://www.saubere-kleidung.de/)

# Mappes-Niediek stellt sein Buch „Arme Roma, böse Zigeuner“ vor

**Die Südosteuropäer in Mannheim – ein Thema von ungeminderter Brisanz vor allem bei denen, die diese Form der Immigration nicht wünschen und darauf sinnen, wie sie unterdrückt werden könne. Dadurch wird das Thema auch brisant für diejenigen, die von der Tatsache ausgehen, dass Deutschland schon lange ein Einwanderungsland ist.**

Da war es verdienstreich, dass der Verein QuerKultur-KulturQuer in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Internationales und Integration der Stadt, mit dem Förderkreis der Stadtbücherei und dem Landesverband der Sinti und Roma den Journalisten und Südosteuropa-Experten Norbert Mappes-Niediek nach Mannheim einlud, damit er sein Buch „Arme Roma, böse Zigeuner“ vorstelle. Die Veranstaltung fand am 20.2. statt. Es schloss sich ein Podiumsgespräch an mit dem Autor, dem Landesvorsitzenden der Deutschen Sinti und Roma, Daniel Strauß, und dem Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz. Der Versammlungsraum von RomnoKher war überfüllt.

Es sollen hier nicht noch einmal die Thesen von Mappes-Niediek referiert werden. Deren Kernaussage ist: Die Wanderung von wirtschaftlich armen Menschen aus Rumänien und Bulgarien (es sind jedoch nicht die Ärmsten der Armen dort) lässt sich nicht unterdrücken. Die Menschen handeln unter ihren Bedingungen rational und sie suchen eine neue Existenz. Strukturell kann die Wanderung nur gegenstandslos gemacht werden, indem die EU ernsthaft ein Wirtschaftsentwicklungsprogramm für Südosteuropa auflegt.

Wie stellte sich nun der OB den Problemen? Zunächst unterstrich er, dass die Stadtverwaltung das Problem nicht als eines von Roma und Sinti betrachte, sondern als eines von Armut in diesem Teil der EU. Man wisse auch gar nicht, wie viele der Ankömmlinge tatsächlich Roma seien, weil danach auch gar nicht gefragt werde. Er kenne nur sehr unterschiedliche Spekulationen dazu. Er warnte auch davor, sich das Thema der Antiziganismus-Bekämpfung in diesem Zusammenhang auch noch aufzuladen, da könne man sich nur überheben.

Diese Position „Ich kenne keine Roma und Sinti, keine Rumänen und Bulgaren, ich kenne nur arme Menschen“ ist sicherlich ehrenwert. Sie wird von Mappes-Niediek auch unterstützt, der in seinem Buch immer wieder darauf hinweist, dass das Verhalten der Roma-Migranten aus diesen Ländern kaum von dem der ethnischen Rumänen und Bulgaren zu unterscheiden sei, eben

weil es vor allem armutsbedingt und auf dem ganzen Balkan verbreitet sei. Andererseits weist Mappes-Niediek auf dem Podium auch darauf hin, dass der Anteil von Roma an der Migration sicherlich hoch sei, weil die Roma in aller Regel keine Möglichkeit einer irgendwie gearteten Subsistenzwirtschaft hätten im Gegensatz etwa zu ethnischen Rumänen, die zu ihrer Nahrungsversorgung über Reste von Landwirtschaft oder Gartenbau verfügten. Dennoch ist der Anteil der gezielten Roma-Diskriminierung an der Wanderungsmotivation wie auch an der Aufnahmeunlust in Deutschland zu berücksichtigen.

Daniel Strauß lässt in dem Gespräch erkennen, dass für die deutschen Roma bzw. Sinti der Zuzug aus Südosteuropa ebenfalls eine Herausforderung ist. Er widerspricht Mappes-Niediek zunächst vehement mit seiner Aussage, es gebe eigentlich keine Sinti, sondern dies sei nur eine im deutschen Sprachraum benutzte Bezeichnung für Roma. Damit wollte Strauß sich wahrscheinlich weniger in einer wissenschaftlich-ethnologischen Debatte positionieren als vielmehr die Verankerung der seit 600 Jahren in Deutschland lebenden Sinti in der deutschen Gesellschaft betonen. „Wir brauchen keine neue Integrationsleistung zu erbringen!“ Strauß stellt für den Landesverband klar: „Es gibt kein gemeinsames Volk der Roma. Es gibt nur eine gemeinsame Herkunft und ein gemeinsames Erleiden des Antiziganismus.“

Die Auseinandersetzung der Mannheimer Stadtverwaltung mit der südosteuropäischen Immigration zeichnete OB Kurz in vier Stufen nach: Zuerst die Nichtwahrnehmung. Dann seit zwei Jahren die Unübersehbarkeit und auch erste Reaktionen aus der Bevölkerung. Die Verwaltung, deren Mitarbeiter/innen nun einmal auch der „Bevölkerung“ entstammten, habe die Armutswanderung zunächst als Wanderung in die Sozialsysteme der Bundesrepublik interpretiert und mit einer Zunahme der Kriminalität gerechnet. Man habe daher ein Jahr lang nur ordnungspolitisch reagiert. Nun sei aber klar: „Ohne Integrationsangebote funktioniert überhaupt nichts“. Ab 1.1.2014 hätten die Roma aus Bulgarien

und Rumänien dann ohnehin Arbeitserlaubnis und bei Arbeitslosigkeit Anspruch auf Leistungen nach SGB II und III. Der Versuch der Bundesregierung, über Druck auf die Regierungen der beiden Länder die Migration zu verhindern, habe lediglich zu Maßnahmen halbillegalen Charakters geführt.

Inzwischen sei die Verwaltung in der Lage, sehr flexibel auf die sich in ständiger Änderung befindliche Lage zu reagieren. Man habe einen effektiven Runden Tisch ins Leben gerufen und man spreche mit den MigrantInnen. So habe man in 500 Interviews festgestellt, dass 80% der Menschen eine Berufsausbildung hätten und dass ein großer Bildungsbedarf bestehe. „Zoll und Steuerfahndung stehen nicht ganz oben auf der Agenda“. Kurz fordert für die von der speziellen Migration betroffenen Kommunen Unterstützung aus Bundes- und EU-Mitteln. In der weiteren Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass gerade an diesem Tag der SPD-Innenminister von Baden-Württemberg die Aussetzung der Abschiebung von Flüchtlingen aus dem Kosovo, Serbien und Mazedonien aufgehoben hat. Es stehen also wieder Abschiebungen von Baden Airport an. Kurz meinte, man müsse eine Regelung finden, dass nicht Menschen, die schon lange in Deutschland leben und vielleicht hier geboren wurden, von diesen Maßnahmen getroffen würden. Mappes-Niediek lehnt die Abschiebungen nicht nur aus menschenrechtlichen Gründen ab, sondern sie seien auch absolut nutzlos. „Denn die Abgeschobenen sind in der Regel kurze Zeit später wieder in Deutschland.“

Fazit: Der Mannheimer Oberbürgermeister gehört mit Sicherheit nicht zu den Hardlinern in der Positionierung zu den südosteuropäischen Einwanderern. Er beruft sich auch hier auf den „Mannheimer Weg der Weltoffenheit und Integration“. Wenn er Zoll (gegen Schwarzarbeit) und Steuerfahndung als nachrangig bezeichnet und das ordnungsrechtliche Reagieren eher einer früheren Phase zurechnet, zeichnet er jedoch ein Bild, das der harten Realität nicht standhält.

JobCenter, Ausländerbehörde und Finanzamt haben in Mannheim eine Praxis entwickelt, die der Abwehr der





Migranten dient. So weiß man das in Kreisen, die sich einzelner Migranten annehmen und sie bei Behördengängen begleiten: Mit äußerster Akribie wird den rechtsunkundigen Migranten, die sich um einen Gewerbeschein z.B. im Reinigungsgewerbe bemühen (er ist unter den Bedingungen des Arbeitsverbots die einzige Möglichkeit einer legalen Einkunftsquelle), in muttersprachlichen Interviews nachgewiesen, dass sie nur scheinselbstständig zu arbeiten beabsichtigten. Handwerker müssen ein Geschäftsfahrzeug und mindestens zwei Aufträge nachweisen. Selbst wenn sie einen Gewerbeschein

zugesprochen bekommen, wird dieser ihnen nicht direkt ausgehändigt, sondern per Kurier zugestellt. Da viele Migranten unter wechselnden Adressen wohnen, weil sie sich eine eigene Wohnung gar nicht leisten können, wird der Gewerbeschein als „unzustellbar“ gleich wieder eingezogen. Auch das Finanzamt prüft vor Erteilung einer Steuernummer eine eventuelle „Scheinselbstständigkeit“. Die Steuernummer ist jedoch wiederum wichtig für eine Krankenversicherung. Inzwischen haben sich viele Migranten in Mannheim Gewerbescheine aus anderen Städten der Bundesrepublik

beschafft.

An eine Überbrückungsregelung bis zum Rechtsanspruch auf Arbeitserlaubnis ab 2014 ist in Mannheim nicht gedacht – auch nicht als Forderung gegenüber Bund oder EU. Die Menschen werden sich jedoch überwiegend bis 2014 durchschlagen in äußerst unsten Lebensbedingungen. Für Kinder hinsichtlich der Beschulung eine krasse Beeinträchtigung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten, die sich ab 2014 dann in den Schulen mit noch schwierigeren Szenarien als jetzt schon rächen wird.

Thomas Trüper

## Köln: Rot-Grün Antrag zur Roma-Politik findet wieder Zustimmung bei CDU, FDP und pro Köln

Anfang März hatten SPD, CDU, Grüne und FDP einen Antrag in den Rat eingebracht der sich für die Reduzierung von Migration aussprach. Roma würde die soziale Balance gefährden. Gegen diesen Antrag hatten zahlreiche Organisation protestiert. Die SPD fühlte sich „bewusst missverstanden“. Nachdem auch in den Ratsfraktionen Diskussionen stattfanden, brachten SPD, CDU und Grüne ohne die FDP einen abgeänderten Antrag in den Rat ein. In der Debatte im Rat stand die FDP zu ihrem alten Antrag und sah gar keinen großen Unterschied. Die SPD stand zu ihren Positionen. Die CDU lobte die Bundesregierung. Ossi Helling von den Grünen entschuldigte sich und kritisierte die Bundesregierung. Darüber empörte sich die CDU, man würde doch hinter einem gemeinsamen Antrag stehen. Pro Köln lobte den Ursprungsantrag, würde aber nicht so sein und auch dem geänderten Antrag zustimmen. Nur die Linke und die Freunde, brachten einen eigenen Antrag ein (siehe Kasten) und kritisierten die vorliegende Resolution, die mit den Stimmen von SPD, CDU, Grüne, FDP und pro Köln beschlossen wurde. Wir dokumentiere aus den Reden von Jörg Detjen und Thor Zimmermann:

Jörg Detjen (Die Linke): Wer öffentlich für die Reduzierung der Migration eintritt, weil sonst die „soziale Balance“ gefährdet ist, hat eine klare Aussage getroffen, die nicht humanitär, sozial und demokratisch ist. Sie ist repressiv. Viele Leute haben das nichtmissverstanden, und es hätte ihnen gut gestanden, Herr Börschel, sich zu entschuldigen wie das Herr Helling gerade getan hat, statt den Fehler bei den Anderen zu suchen ...Wissen Sie eigentlich, dass in den letzten Monaten Tausende von Ärzten aus Rumänien nach Deutschland, ja auch nach Köln,

gekommen sind und hier in den Krankenhäusern operieren und praktizieren? Sie alle sind uns willkommen! Und zum Glück gibt es auf dem Papier keine Europäer zweiter Klasse: Deshalb sind uns auch die Roma willkommen, wenn sie Rumänien verlassen, weil sie dort unterdrückt und stigmatisiert werden.

Es ist schön, Resolutionen an die Bundesregierung zu verabschieden. Viel wichtiger ist es aber in der Politik vor Ort zuzuschauen, was kann man noch selber machen. Wir reden hier nicht über Schlaglöcher, sondern über Menschenleben und soziale, europäische Grundrechte, für die es sich lohnt zu streiten: Heute, morgen und übermorgen!

Thor Zimmermann (Deine Freunde) Der nun etwas entschärfte Antrag von SPD, CDU und Grünen (die FDP will erstaunlicherweise bei der unsäglichen Ursprungsfassung bleiben), bleibt leider immer noch weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Sie wissen genau, dass Sie mit dieser Reso-

lution nicht wirklich etwas bewegen können – aber Sie könnten ein Zeichen setzen. Und dies bedaure ich bei unserer rotgrünen Mehrheit sehr: Warum stoßen Sie hier in eine Richtung wie in den 1990er Jahren, als mit Parolen wie „Das Boot ist voll“ das Asylrecht in Deutschland nahezu abgeschafft wurde, anstatt sich schützend vor unsere neuen Einwohner zu stellen und Fremdenfeindlichkeit auch in unserer Stadt zu bekämpfen? Unser Antrag von den Linken und Deine Freunde geht hier viel weiter, mit unserer Resolution könnte wir wirklich ein Zeichen setzen das bundesweit Beachtung finden wird: Eine Großstadt die sich uneingeschränkt, trotz aller finanziellen Probleme, zu einem solidarischen Europa bekennt und ein deutliches Signal gegen Fremdenfeindlichkeit setzt! Dies wäre eine Resolution, über die wir uns zurecht freuen könnten, ich bitte Sie daher um Unterstützung für unseren Antrag.

### Antrag „Integration gestalten statt Zuwanderung verurteilen“

Zum rassistischen Antrag der vier großen Fraktionen hat Die Linke gemeinsam mit Thor Zimmermann von Deine Freunde einen Änderungsantrag gestellt. Neben einer Verurteilung der beschämenden Diskussion über Zuwanderung werden konkrete Maßnahmen gefordert.

„Der Rat fordert:

- die Bundesregierung auf, von allen Restriktionen gegen Menschen aus Bulgarien und Rumänien abzusehen. Sie wären diskriminierend. Sie soll gemeinsam mit den Kommunen und Ländern daran arbeiten, dass Hilfs-, Beratungs- und Integrationsangebote bereitgestellt werden. Dazu muss die Bundesregierung finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen. Es darf nicht sein, dass Menschen mit ungesicherten Arbeitsverhältnissen, zu Billiglöhnen und unter katastrophalen Wohnbedingungen leben müssen.

- die Landesregierung auf, schulische

Maßnahmen weiter zu entwickeln, die geeignet sind, die Bildungschancen der zugezogenen Kinder und Jugendlichen zu verbessern und sie zu einem Schulabschluss hinzuführen.

- die Kölner Stadtverwaltung auf, ausreichenden Wohnraum zu schaffen, damit auch kurzfristig Menschen untergebracht werden können. Ausreichende Integrationsangebote müssen entwickelt werden und die finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Das Sozialdezernat erhält zusätzliche Mittel im Rahmen der Haushaltsberatungen.“

(aus platzjabbeck 02/13)

# Ohne Rücksicht auf Verluste

Am 27. März beschloss die Bürgerschaft mit der Mehrheit der SPD-Abgeordneten die Verlagerung des Frauenvollzugs – bisher eine eigene Einrichtung auf der Insel Hahnöfersand – in die Männerjustizvollzugsanstalt Billwerder. Die vier Oppositionsparteien stimmten geschlossen dagegen und verhinderten, dass die zweite Lesung am gleichen Tag statt.

Lange ist nicht so ausführlich und unter Beteiligung so vieler Menschen über die Entwicklung des Strafvollzugs in Hamburg diskutiert worden. In zwei Offenen Briefen haben sich engagierte Frauen zu Wort gemeldet und dringend den Verzicht auf diese verhängnisvolle Entscheidung gefordert, ebenso die Arbeitsgemeinschaft der Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger. Bei der Sachverständigenanhörung des Justizausschusses plädierten fünf von sechs Sachverständigen gegen die Verlagerung. Der Justizausschuss führte ebenso eine öffentliche Anhörung durch, an der rund 100 Bürgerinnen und Bürger teilnahmen: fast 20 Menschen ergriffen das Wort gegen die Verlagerung, die meisten von ihnen engagieren sich z.T. seit Jahrzehnten für eine Reform des Strafvollzugs. Auch gefangene Frauen und ehemalige Gefangene nahmen in der Debatte Stellung. Der Senat und die SPD-Mehrheitsfraktion verschlossen ihre Ohren vor allen Argumenten und blieben hart.

Einige der vielen Argumente will ich hier zusammenfassen:

Erstens: Die Verlegung des Frauenvollzugs nach Billwerder zerschlägt eine gut funktionierende Einrichtung, die zu den ganz wenigen räumlich vom Männervollzug getrennten Anstalten in Deutschland zählt. Die Entscheidung der Verlagerung ist auf lange Sicht nicht mehr zu korrigieren, auch dann nicht, wenn die befürchteten schlimmen Folgen eintreten.

Zweitens: Die Verlagerung in die JVA Billwerder verschlechtert die Haftbedingungen und gefährdet die Reintegrationschancen der inhaftierten Frauen. (1) Im Offenen Brief vom 21.10.12 (2) wird auf die besonderen Problemlagen dieser Frauen aufmerksam gemacht: Die meisten von ihnen sind von Gewalt (75%), von sexuellem Missbrauch (50%) und Ausbeutung betroffen. „Ihre Erfahrungen stellen häufig die Ursache für Drogenkonsum, Prostitution und die damit verbundene Kriminalität von Frauen dar.“ Die Struktur ihrer Straftaten ist eine andere als die von Männern. Zwar nimmt die Gewalt auch von Frauen zu, Gewalttaten machen aber, anders als bei männlichen Gefangenen, nur einen Bruchteil der Straftaten aus. Frauen verarbeiten ihre Probleme eher resignativ, was durch die Umstände der

Haft sehr schnell verstärkt wird. Die Sicherheitsstandards in der Teilanstalt Hahnöfersand mit ihren 95 Haftplätzen sind weniger hart als in der Männervollzugsanstalt Billwerder. Es gibt z.B. keine Mauer, sondern nur einen Zaun, der wenigstens den freien Blick auf die Umgebung zulässt. Alles findet in einem Haus statt, deshalb können sich die Gefangenen relativ frei bewegen. Eine Gefangene schrieb: „Hier herrscht Vollbeschäftigung. In den meisten Betrieben können sich die Frauen durch Ausbildung und Zertifikate weiterbilden. Auch hier können sich die Frauen frei bewegen, wie auch in ihrer Freizeit, wo sie sich im ganzen Haus bewegen und alle Gänge, z.B. Pola-Ausgabe, Ärzte, Gruppenaktivitäten, Pfarrer, externe Hilfsangebote, Gottesdienste, Einkäufe, Wäschetausch und vieles mehr, alleine bewerkstelligen. Dieses wird so in Billwerder nicht funktionieren.“

In der Tat werden die freieren Formen des Vollzugs, die gegenwärtig in Hahnöfersand vorherrschen und die die Reintegrationschancen der Gefangenen verbessern, mit der Verlagerung nach Billwerder liquidiert. Denn die JVA Billwerder ist mit ihren 800 Haftplätzen eine schrecklich überdimensionierte, geschlossene Männeranstalt. Diese Großanstalt prägt eine Vollzugsgestaltung, die einem überkommenen Vollzugsverständnis entspricht und den besonderen Problemlagen weiblicher Gefangener noch weniger gerecht wird als den Problemlagen männlicher Gefangener. Auch wenn die Frauen in Billwerder in ein eigenes Haus ziehen sollen, ist es faktisch unvermeidbar, allein schon wegen der Zahlenverhältnisse, dass die sehr viel härteren und rigideren Bedingungen des Männervollzugs sich durchsetzen und den Haftalltag auch der Frauen dominieren. Viele Gänge werden nur noch bewacht möglich sein, werden nur nach Maßgabe vorhandenen Personals stattfinden. Viele Frauen befürchten Belästigungen, daran werde

auch der Sichtschutz, der den Bereich der Frauen gegen den Männerbereich schützen soll, nichts ändern. Mutter-Kind-Stationen (für Kinder bis fünf Jahre) soll es auch in Billwerder geben. Aber wie sollen sich Kinder entwickeln, wenn sie eingeklemmt zwischen hoher Mauer und Sichtschutz aufwachsen?

Ein wichtiger Punkt sind auch die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. In Hahnöfersand gibt es z.B. das maßgeblich mit EU-Mitteln geförderte Projekt „Frauen starten“, mit dem nicht nur die berufliche Entwicklung von Frauen gefördert wird, sondern bei dem die Mitarbeiterinnen die Frauen auch nach ihrer Entlassung weiter begleiten, sie bei ihrer Weiterbeschäftigung und in den verschiedenen Belangen der Reintegration unterstützen. Fast alle Fachleute befürchten, allen gegenteiligen Versprechungen zum Trotz, dass sich für die Frauen in Billwerder qualitativ und quantitativ vieles verschlechtern und manches wegfallen wird.

Drittens: Tatsächlich nennt der Senat für die Verlagerung des Frauenvollzugs ausschließlich Haushaltsgründe. 900 000 Euro sollen bei der Verlagerung durch Streichung von Personalstellen eingespart werden.

Es stimmt: Es gibt eine gewaltige Überkapazität an Haftplätzen, Folge vor allem des wahnsinnigen Gefängnisausbaus unter den CDU-Senaten. Es müssen Haftplätze abgebaut werden. Aber der Senat hat Alternativen, z.B. die ersatzlose Schließung von Haus 3 in Billwerder, nicht wirklich geprüft. Der Senat musste dann auch zugeben, dass die Einsparungen ebenso bei Schließung von Haus 3 realisiert werden können.

Worum es tatsächlich geht, hat er in den Beratungen des Justizausschusses deutlich gemacht: Es geht um die weitere Zentralisierung des Justizvollzugs. Es geht um die einseitige Unterwerfung des Vollzugs unter die Maßstäbe ökonomischer Rationalität. Aber die wichtigste Frage darf nicht sein, wie am meisten Geld gespart werden kann (3), sondern die erste Frage muss sein: Was ist im Sinne eines Strafvollzugs, der auf die Reintegration („Resozialisierung“) von Gefangenen ausgerichtet ist, sinnvoll und geboten? Dieser Frage hat sich der Senat verschlossen, zum Schaden der inhaftierten Frauen und zum Schaden der Weiterentwicklung reformerischer Ansätze im Strafvollzug.

*Christiane Schneider*

- 1 In der Debatte wurde auch darauf hingewiesen, dass es durchaus möglich und fortschrittlich ist, einen koedukativen Vollzug aufzubauen. Das aber braucht Voraussetzungen: kleine Anstalten, ein ausgeglichenes Zahlenverhältnis zwischen Männern und Frauen, weitest gehende Angleichung an normale Lebensverhältnisse, weitest mögliche Öffnung des Vollzugs – alles Voraussetzungen, die in Billwerder nicht gegeben sind.
- 2 [http://www.strafvollzugsarchiv.de/index.php?action=archiv\\_beitrag&thema\\_id=&beitrag\\_id=559&gelesen=559](http://www.strafvollzugsarchiv.de/index.php?action=archiv_beitrag&thema_id=&beitrag_id=559&gelesen=559)
- 3 Das ist besonders im Justizvollzug kurzfristig gedacht: Misslingende Reintegration kommt nicht nur der Gesellschaft teuer, sondern auch den Strafvollzug, weil hohe Rückfallzahlen zu höherem Bedarf an Haftplätzen, Personal etc. führen.



**Die Quote allein macht noch keinen sozialen Wohnungsbau:** BREMEN. Das in der letzten Bürgerschaftswoche beschlossene Konzept zur Umsetzung der Sozialwohnungsquote ist nach Ansicht der Fraktion Die Linke grundsätzlich zu begrüßen. Bedauerlich sei jedoch, dass die sogenannte „Wohnraumoffensive“ des Senats unter etliche Vorbehalte gestellt wird, so Claudia Bernhard, stadtentwicklungspolitische Sprecherin: „Dass der öffentlich geförderte Neubau über städtebauliche Verträge an eine feste Quote von Sozialwohnungen gekoppelt wird, haben andere Städte wie z.B. München schon vor längerem eingeführt. Umso unverständlicher finden wir die zahlreichen Ausnahmeregelungen, die das „Bremer Modell“ so weit einschränken, als würden die guten Vorsätze im Kleingedruckten wieder zurückgenommen werden.“ Bernhard weiter: „Warum etwa sollen Sozialwohnungen unbedingt auf eine Teilfläche eines Baugebiets konzentriert werden? Wenn der Effekt davon sein wird, dass in einem Areal die Luxuswohnungen mit dem schönen Ausblick liegen und irgendwo auf einem anderen der Block mit den Sozialwohnungen, dann werden über diese zweigeteilte Planung wieder Grundsteine einer kleinräumigen Zwei-Klassen-Wohnraumpolitik gelegt. Diese Segregation gilt es zu vermeiden.“ [www.dielinke-bremen.de](http://www.dielinke-bremen.de)

**Kinderbetreuungen für Stadtratssitzungen:** CHEMNITZ. In der Stadtratssitzung am 13.03.2013 stand der Beschlussantrag der Fraktion Die Linke „Kinderbetreuungen für Stadtratssitzungen“ auf der Tagesordnung. Die Fraktion erweiterte ihren Antrag, indem auch Kinderbetreuungsmöglichkeiten für sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner sowie Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte durch die Stadtverwaltung geprüft werden sollten. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine parteiübergreifende politische Forderung, auch von diversen Bundesministern. Sie sollte auch das Ehrenamt betreffen, gleich ob als Stadträtin/Stadtrat oder in Vereinen, Initiativen und sonstigen Strukturen bürgerschaftlichen Engagements. Die Tätigkeit als ehrenamtliche Stadträtin/ehrenamtlicher Stadtrat sollte in Hinblick auf die im nächsten Jahr stattfindenden Kommunalwahlen attraktiver und familienfreundlicher gestaltet sein, um vor allem der Altersstruktur in den Ortschaftsräten entgegenzuwirken. Unternehmen werben auch durch die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen um Mitarbeiter, weshalb sollte die Stadt die Bedingungen ... eine ehrenamtliche Tätigkeit nicht attraktiver gestalten?

[www.fraktion.dielinke-chemnitz.de](http://www.fraktion.dielinke-chemnitz.de)

**Deutscher Städtetag unterstützt NPD-Verbotsantrag.** BERLIN. Die deutschen Städte bekennen sich zu ihrer Verantwortung, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sowie Islamfeindlichkeit vorzugehen. Sie unterstützen die Länder dabei, ein NPD-Verbot sowie ein Verbot von Tarnorganisationen anzustreben. Die Städte wollen darüber hinaus beim Kampf für Demokratie und Toleranz alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen und die Zusammenarbeit zwischen den Städten intensivieren. „Damit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus keine Chance haben, ist es notwendig, rechtsextremistische Meinungen und Aktivitäten auf allen Ebenen zu bekämpfen und Toleranz und Demokratie zu stärken. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der die Städte aktiv mitwirken“, sagte der stellvertretende Präsident des Deutschen Städtetages und Heilbronner Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach heute nach einer Präsidiumssitzung des kommunalen Spitzenverbandes in der baden-württembergischen Stadt. Zahlreiche Städte engagieren sich seit Jahren gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit. Beispielsweise fördern sie die Prävention in Schulen und Jugendeinrichtungen, warnen sie vor Anmietungen durch Rechtsextremisten und begrüßen sie das Engagement von Vereinen und Initiativen, die Gegendemonstrationen organisieren. Als wirkungsvoll hat sich erwiesen, den Austausch von lokalen und regionalen Akteuren zu begleiten. „Es geht darum, erfolgreiche Strategien zu entwickeln, um den Rechtsradikalen den Nährboden zu entziehen und ihre Präsenz sowohl in den kommunalen Vertretungskörperschaften als auch bei Demonstrationen, Konzerten und in den sozialen Online-Netzwerken zu verhindern. Dazu helfen beispielsweise Aktionsbündnisse gegen Rechts sowie die Zusammenarbeit mit Jugendarbeit und Schulen, von städtischen Ämtern, Polizei, Kirchen und freien Trägern. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind dabei unverzichtbare Partner“, sagte der stellvertretende Städtetagspräsident. [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

**Keine Entwarnung für die kommunalen Haushalte:** BERLIN. Mit den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zur bundesweiten Entwicklung der Kommunalfinanzen im Jahr 2012 ist keine allgemeine Entwarnung für die kommunalen Haushalte verbunden. „Ein bundesweiter Finanzierungsüberschuss in Höhe von 0,9 Mrd. Euro besagt leider nicht, dass für die kommunalen Haushalte insgesamt Entwarnung signalisiert werden kann“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen

Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg. „Tatsächlich öffnet sich die Schere zwischen Kommunen mit ausreichender Finanzlage und finanzschwachen Kommunen, die mit Strukturproblemen kämpfen, immer weiter“, so Landsberg. Nach wie vor gelingt es vielen Städten und Gemeinden trotz enormer Konsolidierungsanstrengungen nicht, ihre Haushalte auszugleichen. So ist der Anstieg der sozialen Leistungen weiterhin ungebrochen. Im Jahr 2012 haben die Kommunen +1,1 Mrd. Euro mehr und damit insgesamt 44,4 Mrd. Euro dafür ausgegeben. Gleichzeitig fehlt das Geld für Investitionen. Aufgrund der strukturell bedingten kommunalen Investitionsschwäche sanken die kommunalen Sachinvestitionen deutlich um über -11,2 % auf nur noch 21,0 Mrd. Euro. Bei Schulen, Straßen und öffentlichen Gebäuden wird seit Jahren eher geflickt als grundlegend renoviert. Dr. Landsberg wies insofern darauf hin, dass der bundesweite Finanzierungsüberschuss nicht zuletzt durch das Unterlassen dringend notwendiger Investitionen teuer erkauft ist. Ein Abbau des erheblichen Investitionsstaus auf kommunaler Ebene ist nicht in Sicht. Nach Angaben der KfW beläuft sich allein der Investitionsrückstand auf kommunaler Ebene auf ca. 100 Mrd. Euro. Vor diesem Hintergrund gibt es keinen Spielraum, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen. Die jährlichen 12 Mrd. Euro sollten mittelfristig vielmehr genutzt werden, um allen Kommunen in Deutschland Investitionen in Infrastruktur und Bildung zu ermöglichen. Große Sorgen bereiten dem DStGB auch die Höhe und die Entwicklung des öffentlichen Schuldenstandes. Bund, Länder und Kommunen waren Ende 2012 mit über 2 Billionen Euro verschuldet. Die kommunale Verschuldung lag Ende 2012 bei 133,6 Mrd. Euro; das entspricht einem Anstieg von +2,8 % gegenüber Ende 2011. „Ein deutliches Zeichen dafür, dass zwischen kommunalen Einnahmen auf der einen und Aufgaben bzw. Ausgaben auf der anderen Seite vielerorts eine enorme Lücke klafft“, erläuterte Dr. Landsberg. Die Zahlen verdeutlichen, es gibt keine Alternative zu einem nachhaltigen Konsolidierungskurs. Auch die Reformbaustelle „soziale Leistungen“ muss jetzt angegangen werden. Es ist zwar zu begrüßen, dass der Bund die besondere Lage der Kommunen erkannt hat und die Kosten der Grundsicherung von den Kommunen (ca. 3,9 Mrd. Euro/Jahr) übernehmen wird. Weitere Entlastungen müssen aber folgen – ein Bundesleistungsgesetz für die Eingliederungshilfe muss endlich auf den Weg gebracht werden. [www-dstgb.de](http://www-dstgb.de)

*Zusammenstellung: ulj*

# Initiativbericht des Europäischen Parlaments zu Asbest



Am 14. März hat das Europäische Parlament einen Initiativantrag zur Beseitigung allen noch vorhandenen Asbests in Europa angenommen. 558 Parlamentarier stimmten für den Bericht und 51 dagegen. Der Bericht wurde vom Beschäftigungsausschuss des Parlaments eingebracht. Stephen Hughes (englische Sozialdemokraten), der Berichterstatter, der den ersten Entwurf des Berichtes erstellt hatte, legte ursprünglich 36 konkrete Punkte vor. Nach Debatten im Beschäftigungsausschuss wurden insgesamt 61 Punkte verabschiedet. Diese Punkte beinhalten konkreten Anforderungen zu den folgenden Bereichen:

Screening und Registrierung von Asbest • Sicherstellung von Qualifikationen und Schulungen • Entwicklung von Sanierungsprogrammen • Anerkennung asbestbedingter Krankheiten • Unterstützung von Asbestopferverbänden • Strategien für ein weltweites Asbestverbot.

Damit finden sich in dem Bericht alle Bereiche wieder, die von der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) in ihrer 2010 gestarteten Kampagne bearbeitet werden. Die einzelnen Anforderungen richten sich wesentlich an die Kommission und den Rat. Insbesondere die Kommission wird aufgefordert, verschiedenste konkrete Initiativen zu ergreifen. Teilweise sind auch die Mitgliedsstaaten angesprochen.

Die grundlegende Zielsetzung, Eu-

ropa (bis 2028 alle öffentlichen Einrichtungen und Gebäude) asbestfrei zu bekommen, ist eine komplexe Angelegenheit und kann nur über nationale Asbestbeseitigungspläne erreicht werden. Die im nebenstehenden Kasten dokumentierten Punkte aus dem Initiativbericht behandeln die zentralen Fragen der Erfassung von Asbestquellen und die Asbestbeseitigungsprogramme. Die weiteren Gegenstände wie sichere Arbeitsbedingungen, die Qualifikation der Arbeitnehmer, Anerkennung von Erkrankungen oder die Opferentschädigung sind zwar alles eigenständige Bereiche, werden aber gewissermaßen von den zentralen Forderungen gerahmt. Deutlich wird in den Anforderungspunkten 5. und 6. auch, dass die Verknüpfung mit anderen Politikbereichen möglich und wichtig ist.

Allerdings ist nun ziemlich offen, was mit dem Initiativbericht passiert. Die Kommission wird eine Stellungnahme abgeben, ist aber nicht verpflichtet, die verschiedenen Anforderungen auch wirklich in praktische Initiativen umzusetzen. In dem Bericht wird zwar deutlich, dass für die meisten der dort angesprochenen Aspekte bereits ein legislativer Rahmen oder auch eine gewisse Praxis auf der europäischen Ebene entwickelt wurde, also Anknüpfungspunkte bestehen, gleichwohl sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der angestrebten Ziele recht schwierig. Dies liegt nicht zuletzt an der schwachen Position der Generaldirektion (GD) Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten, die für diesen Politikbereich zuständig ist.

Sozialpolitische Anliegen haben im Rahmen der Krisenbewältigungsstrategien der EU derzeit kaum Aussicht auf Gehör. Die Defensive der GD Beschäftigung setzte allerdings schon viel früher ein und ist stark mit der Fokussierung auf Rechtsvereinfachung und die Förderung der KMU verbunden. Letzterer Aspekt ist mittlerweile als starres Dogma der EU-Politik etabliert. Deutlich wird dies an der letzten Gemeinschaftsstrategie für den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz, traditionell ein wichtiges europäisches Instrument für die (positive) Entwicklung im Bereich der Arbeitsbeziehungen. Sie deckte den Zeitraum 2007 bis 2012 ab. Eine wesentliche Aussage und Anforderung darin war, dass der Arbeitsschutz in andere Politikfelder der EU aufgenommen werden müsse, z. B. Bildung oder Beschäftigungspolitik. Die tatsächliche Entwicklung während des genannten Zeitraumes war jedoch eine Kolonisierung des Arbeitsschutzes durch die Generaldirektionen Industrie und Binnenmarkt.

Die Kommission hatte letztes Jahr angekündigt im Frühjahr 2013 eine neue Arbeitsschutzstrategie für den Zeitraum 2013 bis 2020 vorzulegen. Jetzt hatte auf einer Ende März vom EGB durchgeführten Veranstaltung der zuständige Kommissar L. Andor allerdings durchblicken lassen, dass es ziemlich offen ist, ob die derzeitige Kommission überhaupt eine Strategie noch während ihrer Amtszeit (31. Oktober 2014) vorlegen wird. Innerhalb der EFBH wurde nun diskutiert, den Initiativbericht vor allem auf nationaler Ebene zu nutzen, um in Kooperation mit anderen Akteuren Initiativen für (zentrale, regionale oder lokale) Asbestbeseitigungspläne, für asbestfreie Schulen und Turnhallen, für eine bessere Ausbildung von Baubeschäftigten usw. zu starten. Bezüglich der neuen Gemeinschaftsstrategie zum Arbeitsschutz soll über die Fachministerien und andere staatliche Stellen auf die Kommission eingewirkt werden, eine ambitionierte Strategie vorzulegen. Gemeinsam mit Asbestopferverbänden will die EFBH mit dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Komitee der Regionen<sup>1</sup> eine Konferenz für Vertreter der Gebietskörperschaften anregen, zur Behandlung der Asbestthematik und ihre kommunale Bedeutung. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen, Raum für Initiativen hat der Parlamentsbericht auf jeden Fall eröffnet.

Rolf Gehring

## Beschlusspunkte aus dem Initiativbericht des Europäischen Parlaments

1. fordert die EU auf, ein Modell für das Screening und die Registrierung von Asbest ... auszuarbeiten, umzusetzen und zu fördern und Eigentümern von öffentlichen oder gewerblichen Gebäuden vorzuschreiben, a. Gebäude auf das Vorhandensein von Materialien, die Asbest enthalten, hin zu überprüfen; b. Pläne zur Eindämmung der Gefahr, die sie darstellen, zu erarbeiten; c. sicherzustellen, dass diese Informationen Arbeitnehmern, die diese Materialien möglicherweise beseitigen, zur Verfügung stehen; d. in Mitgliedstaaten, die bereits verbindliche Screening-Systeme eingeführt haben, diese Systeme effizienter einzusetzen;
2. fordert die EU mit Nachdruck auf, Modelle zur Kontrolle existierenden Asbests in privaten und öffentlichen Gebäuden zu entwickeln, einschließlich in Wohn- und Nutzgebäuden, auf Flächen, in der Infrastruktur, im Versorgungswesen und im Leitungssystem; (...)
4. fordert die EU mit Nachdruck auf, eine Folgenabschätzung und eine Kosten-Nutzen-Analyse zur Möglichkeit durchzuführen, einen Aktionsplan für die bis 2028 durchzuführende sichere Beseitigung von Asbest aus öffentlichen Gebäuden ... vorzulegen ...;
5. fordert die EU mit Nachdruck auf, die Asbestfrage auch in andere Politikbereiche, wie zum Beispiel in die Energieeffizienzpolitik und die Abfallwirtschaft, einzubinden;
6. schlägt vor, eine Strategie zur Gebäuderenovierung zur Steigerung der Energieeffizienz mit der allmählichen Beseitigung sämtlichen Asbests zu verbinden; (...)
21. fordert die EU auf, auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene mit Sozialpartnern und anderen Interessenvertretern zusammenzuarbeiten, um Aktionspläne für den Umgang mit Asbest und für die Beseitigung von Asbest zu entwickeln und auszutauschen;

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2013-0025+0+DOC+XML+VO//DE>

<sup>1</sup> Das Komitee der Regionen ist eine Versammlung der Gebietskörperschaften innerhalb der EU. Er soll die Standpunkte der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in den EU-Institutionen vertreten und gibt Stellungnahmen zu Initiativen von Kommission und Rat ab.

[http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/cor/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/cor/index_de.htm)



# Tarifrunde Länder beendet – Teilerfolg erreicht

Nachdem die Arbeitgeberseite (Tarifgemeinschaft der Länder, TdL) in zwei Verhandlungsterminen kein Angebot vorgelegt hatte, kam nun in der dritten Verhandlungsrunde am 9. März doch noch ein Angebot auf den Tisch. Die Bundestarifkommission Verdi beschloss, den Mitgliedern die Annahme zu empfehlen. Zurzeit findet die Mitgliederbefragung statt. Am 11. April wird die Bundestarifkommission entsprechend dem Mitgliedervotum über Annahme oder Ablehnung des Tarifiergebnisses beschließen.

Der Tarifkompromiss beinhaltet bei einer Laufzeit von 2 Jahren in den wesentlichen Punkten: Entgelterhöhung ab 1.1.13 um 2,65 Prozent, weitere 2,95 Prozent ab 1.1.14, Erhöhung der Ausbildungsvergütung in 2013 um 50 EUR, ab 2014 um weitere 2,95 Prozent, 30 Tage Urlaub für alle, Azubis 1 Tag mehr als bisher = 27 Tage, Rechtsanspruch auf Übernahme der Azubis bei bedarfsgerechter Ausbildung für 12 Monate, bei Bewährung unbefristete Weiterbeschäftigung.

Nicht erreicht wurde eine soziale Komponente. Das ist für viele bitter und muss in den gewerkschaftlichen Gliederungen dringend diskutiert werden. Fehlanzeige auch bei der geforderten tariflichen Einschränkung der ausufernden Befristung von Arbeitsverträgen, insbesondere der Streichung der sachgrundlosen Befristung, die das Teilzeit- und Befristungsgesetz

den Arbeitgebern ermöglicht. Die TdL sah hier zwar auch Handlungsbedarf, wollte sich aber nicht festlegen. Und dies obwohl inzwischen im Bundestag sowohl von der Linken, den Grünen und der SPD Anträge in dieser Richtung vorliegen. Auch die CDA steht für eine Einschränkung der Befristungspraxis.

Nicht erreicht wurde ebenfalls – nachdem zwei Tage ausschließlich über diesen Punkt verhandelt worden war – eine tarifliche Eingruppierung der 200 000



angestellten Lehrkräfte. Trotzdem hat auch die Bundestarifkommission der GEW einstimmig das Tarifiergebnis den Mitgliedern zur Annahme empfohlen. Das Verhandlungsangebot für einige wenige Lehrer\_innen, die nach den Ost-Richtlinien bezahlt werden, eine Zulage von 100 EUR zu gewähren, war von beiden Tarifkommissionen abgelehnt worden, auch vor dem

Hintergrund, dass dann eine Friedenspflicht bis Ende 2014 gegolten hätte. Die Friedenspflicht ist jetzt vom Tisch und die GEW muss nun ausloten, ob ihre Mitglieder zu einem möglicherweise langen Erzwingungsstreik bereit sind. Dies wird die GEW auf einer tarifpolitischen Strategiekonferenz nach den Osterferien besprechen. Verdi und die Gewerkschaft der Polizei haben jedenfalls ihre Unterstützung bei einem möglichen Streik versprochen.

Das Tarifiergebnis wird von einer großen Mehrheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder als positiv gesehen. Nach der harten Verhandlungsführung der Arbeitgeber hatten viele ein schlechteres Ergebnis erwartet. Vor allem hatte keiner damit gerechnet, dass die Forderung „30 Tage Urlaub für alle“ eine Chance auf Durchsetzung gehabt hätte, zumal dies bei den kommunalen Beschäftigten in der Tarifrunde im letzten Jahr nicht gelungen war. Der Angriff der Arbeitgeber auf den Urlaub und die fehlende tarifliche Eingruppierung der

Lehrer\_innen haben sich als besonders mobilisierend erwiesen: insgesamt waren während der Warnstreiks 150 000 Menschen auf der Straße, davon ca. 60 000 Lehrer\_innen. Es gibt eine gute Zahl von Eintritt in die Gewerkschaft. Viele Menschen waren das erste Mal in ihrem Leben an einem Streik beteiligt – eine wichtige Erfahrung!

Marion Pufal

**Bundeswehr und Wirtschaft: Fachkräftepotenziale der Zukunft.** *Pressemitteilung Wirtschaft-Bundeswehr, Fr., 13.3.13.* Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), H. H. Driftmann, Verteidigungsminister T. de Maizière und Wirtschaftsminister P. Rösler berieten gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) das Thema „Bundeswehr und Wirtschaft: Fachkräftepotenziale der Zukunft“. An der Veranstaltung nahmen auch Vertreterinnen und Vertreter von Bundeswehr, Unternehmen, Wirtschaftsverbänden sowie Reservisten- und Bundeswehrverband teil. Anliegen war, das Fachkräftepotenzial aus dem Dienst ausgeschiedener Soldatinnen und Soldaten auf Zeit stärker zu erschließen. Dazu sollen die Wirtschaft sensibilisiert, bestehende Beratungsangebote bestmöglich genutzt und die Kooperation der beteiligten Institutionen ausgebaut werden. H. H. Driftmann: „Fehlende Fachkräfte werden mehr und mehr zum Geschäftsrisiko für die Unternehmensentwicklung. Hier liegen

mir die Soldaten auf Zeit ganz besonders am Herzen – als verantwortungsbewusste und motivierte Fachkräfte. Es gibt zwischen der Bundeswehr, den Industrie- und Handelskammern (IHKs) sowie den Unternehmen bereits langjährige und erfolgreiche regionale Kooperationen ... Auch aus der Wirtschaft stehen den aus dem Dienst ausscheidenden Soldatinnen und Soldaten engagierte und flexible Partner zur Seite: So unterstützen mehrere Arbeitskreise und Beratungszentren zwischen Bundeswehr und Wirtschaft mit Beteiligung der IHKs sowie der Handwerkskammern Soldatinnen und Soldaten bei der beruflichen Orientierung nach der Zeit bei der Bundeswehr. Die IHKs leisten vor Ort Weiterbildungsberatungen und bieten in verschiedenen Bereichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen an.

**Renten älterer Mütter und Väter sollen aufgewertet werden.** *Stuttgarter Zeitung, 20.3.2013.* Die sechs bis sieben Milliarden € für Rentenansprüche von Müttern und Vätern, deren Kinder vor 1992 geboren

sind, sollen für ein bis zwei Jahre aus der Rentenkasse finanziert werden. Später sollen die neuen Leistungen aus dem Bundesetat bezahlt werden. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt sagte, das Vorhaben sei nicht finanzierbar. „Die in der Union diskutierte Verlängerung der Anerkennung von Kindererziehungszeiten wäre teuer und nicht zielführend“, sagte Hundt. Er warnte davor, den Beitragszahlern jährliche Mehrausgaben von bis zu 13 Milliarden Euro aufzubürden.

**Kassen haben Milliardenplus.** *BDA-Mitteilungen (Rhein-Zeitung), Fr., 8.3.2013.* Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt will keine Kürzung des Bundeszuschusses. Dies wäre laut Hundt nichts anderes als ein neuer Verschiebepunkt zulasten der Beitragszahler, weil diese im Ergebnis dann für die fehlenden Mittel aufkommen müssten. Spätestens 2014 drohe wegen der Abschaffung der Praxisgebühr ein Defizit in der Krankenversicherung.

Zusammenstellung: rst

Wirtschafts-  
presse

# Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein: „Für I(i)ebenswerte Kommunen“

„Für ein gutes Leben braucht es starke Kommunen – und keine leeren Kassen!“ So hat die Partei Die Linke in Schleswig-Holstein ihr Programm für die Kommunalwahlen am 26. Mai 2013 überschrieben. Ihre landesweiten Themen sind: „Das Leben in der Kommune muss bezahlbar sein: Gute und bezahlbare Wohnungen! Saubere und bezahlbare Energie! Bezahlbare Mobilität – Für ein Sozialticket!“ Darüber hinaus wurden in den Kreisen und Städten konkrete Programmpunkte formuliert.

Die Partei Die Linke.SH ist 2008 erstmals erfolgreich in allen Kreisen, den großen Städten und auch kleineren Gemeinden angetreten. Sie schaffte mit durchschnittlich 6,9 Prozent überall den Einzug in die 16 Kreistage und Ratsvertretungen der Städte: in Kiel waren es mit 11,1%, in Lübeck mit 11,7 % und in Neumünster mit 13,2 % hervorragende Ergebnisse. Aber auch 5,11 % im Kreis Schleswig-Flensburg, die 7,35 % im Segeberger Kreis und in Norderstedt mit 8,4 % sind tolle Erfolge gewesen. Sie ermöglichten es, überall in den Parlamenten Fraktionsstatus zu erhalten. Und auch die darauf folgende Landtagswahl bescherte der Linken

eine Fraktion mit sechs Abgeordneten im Landtag.

Die Lage hat sich seither nicht nur auf Bundesebene und in anderen Ländern erheblich geändert. Nach der im vergangenen Jahr verlorenen Landtagswahl flogen alle sechs Abgeordneten aus dem Kieler Landtag. Außerdem hat Die Linke.SH in den ländlichen und städtischen Kommunen durch eigene innerparteiliche Konflikte, durch Austritte aus dem Fraktionsverband oder der Einrichtung neuer Parteigruppierungen von den insgesamt 81 gut die Hälfte ihrer VertreterInnen verloren – z.B. sämtliche Abgeordnete in Neumünster, in Plön und Dithmarschen verblieben nur je ein Vertreter im Amt.

In der kommenden Kommunalwahl weht daher der Linken ein heftiger Wind ins Gesicht und lässt allzu große Erwartungen nicht zu. Was aber den wahlkämpfenden Genossinnen und Genossen dennoch Mut macht, es wieder in die Parlamente zu schaffen, ist die am 13. Februar 2008 vom Bundesverfassungsgericht beschlossene Aufhebung der 5-Prozent-Hürde. In einem Organstreitverfahren der schleswig-holsteinischen Landesverbände der Parteien Grüne und Die Lin-

ke gegen die Fünf-Prozent-Klausel im Kommunalwahlgesetz wurde diese für verfassungswidrig erklärt. Der schleswig-holsteinische Landtag strich daraufhin am 29. Februar 2008 die Sperrklausel bei Kommunalwahlen. „Damit ist keine Stimme für uns verloren, jede Stimme für uns ist eine Stimme für soziale Gerechtigkeit in Norderstedt,“ so die kandidierenden GenossInnen aus dem Kreis Segeberg. Diese prozentuale Regelung wirkt sich nicht in jedem Fall und jedem Ort in Schleswig-Holstein positiv aus, aber darüber hinaus gehen die im Amt verbliebenen GenossInnen jetzt mit mehr Erfahrung und Kompetenz in die zweite Runde.

Das kommt in dem Interview mit den kommunalen Abgeordneten der Linken aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg, die wir hier abdrucken, deutlich zum Ausdruck. Es vermittelt sehr authentisch, wie es ihnen im Kreistag ergangen ist und welche Hoffnungen sie mit der erneuten Kandidatur verbinden.

Das Interview führten Edda und Helmut Lechner für die schleswig-holsteinische Mitgliederzeitung „Info. Die Linke.SH“.

*Edda Lechner, Norderstedt*

## Interview mit Manfried Liedtke und Michael Schröder Kreis Herzogtum Lauenburg

Die Redaktion von „Info Die Linke.SH“ traf sich am 12. Februar 2013 im Büro der Linken in Schwarzenbek mit Michael Schröder, Fraktionsvorsitzender, und Manfried Liedtke, Ausschussmitglied im Kreistag des Herzogtums Lauenburg. Edda und Helmut Lechner machte mit den beiden Genossen das folgende Interview.

**Info Die Linke:** Ihr seid 2008 zum ersten Mal in den Kreistag des Kreises Herzogtum Lauenburg eingezogen. Wie erfolgreich wart ihr damals?

**MICHAEL:** 6,4 % – soviel haben wir bekommen. Wir waren sehr überrascht und haben uns sehr gefreut. Mit drei Leuten sind wir in den Kreistag eingezogen.

**Info Die Linke:** Ihr seid nicht nur im Kreistag, sondern auch mit zwei Leuten



Manfried Liedtke,  
Inka Wenzels,  
Michael Schröder:

Sie wollen in  
den Kreistag im  
Herzogtum  
Lauenburg

in der Stadtvertretung in Geesthacht. Hat das einen besonderen Grund, dass ihr dort kandidieren konntet?

**MICHAEL:** Das hängt damit zusammen, daß Sabine Heinzl-Große dort angetreten war. Sie war 40 Jahre in der SPD und ist auch schon Ratsfrau gewesen. Wir konnten in Geesthacht fast alle Wahlkreise besetzen. Und deshalb haben wir es gewagt, dort anzutreten.

**Info Die Linke:** Sabine hatte bereits Er-

fahrung in der kommunalpolitischen Arbeit. Wie war das bei den anderen? Wie haben die sich eingearbeitet? Wer stand euch zur Seite?

**MANFRIED:** Die übrigen hatten allerdings alle null Erfahrung. Gleich zu Anfang gab es hilfreiche Veranstaltungen, in Neumünster mit Katrin Kunert. Sie ist Bundestagsabgeordnete der Linken und seit ewigen Zeiten Kommunalpolitikerin auf Rügen. Dann kam auch Felizitas Weck dazu.



Sie ist diejenige, die auf Helgoland beinahe selbst Bürgermeisterin geworden wäre. Wir haben ihnen unheimlich viele Fragen stellen können, die auch alle beantwortet wurden. Vor allen Dingen: Wir hatten jetzt eine Telefonnummer und konnten Felizitas anrufen. Sie wusste immer Rat. Das hat uns richtig was gebracht. Mit ihr haben wir immer noch guten Kontakt und wenden uns an sie, wenn wir Fragen haben. Super!

**Info Die Linke:** Gab es vom Landkreis Angebote zur Schulung?

**MANFRIED:** Wir haben das Angebot zu „Doppik“ angenommen, das steht für die „Doppelte Buchführung in Konten“ in der öffentlichen Verwaltung. Die Verwaltung wird nun genauso wie Handelsbetriebe behandelt. Was ja sehr sinnvoll ist. Dazu gab es in Bad Oldesloe eine Veranstaltung des Landkreistages. Da fingen auch die anderen, die schon 30 Jahre im Parlament saßen, alle bei Null an. Auch die alten Hasen. Da konnten wir praktisch von Anfang an mit gleichziehen.

**Info Die Linke:** Wie seid ihr untereinander in eurer Fraktion und den Ausschüssen klar gekommen? Sind die gewählten Abgeordneten geblieben oder auch weg gegangen?

**MICHAEL und MANFRIED:** Bei unseren bürgerlichen Mitgliedern haben wir etliche ersetzen müssen. Aus unterschiedlichen Gründen – wegen Wegzug oder einem anderen Job – ... Wir konnten aber immer alle Ausschüsse besetzen, meistens mit unseren Parteimitgliedern. Bei 99% der Sitzungen war immer einer von uns anwesend. Wenn du gute Arbeit leisten willst, musst du das auch so tun. Sonst kriegst du zwar ein Protokoll, aber das Wichtige, was zwischen den Zeilen steht, ist da nicht drin.

Bei den regulären Abgeordneten sind alle noch da. Wir wahren Kontinuität. Wir konnten unsere Arbeit permanent gut durchziehen. Wir haben auch durchgehend wöchentlich Sitzungen abgehalten, Fraktionssitzung und Bürgersprechstunden. Wenn man ein Mandat hat, muss man es auch wahrnehmen. Und nicht nach einem Jahr wieder hinschmeißen oder gar ein anderes nehmen. Man darf sich aber auch nicht zuviel aufbürden. Dann ist das auf Dauer für einen selber unerträglich. Und schädlich für die anderen.

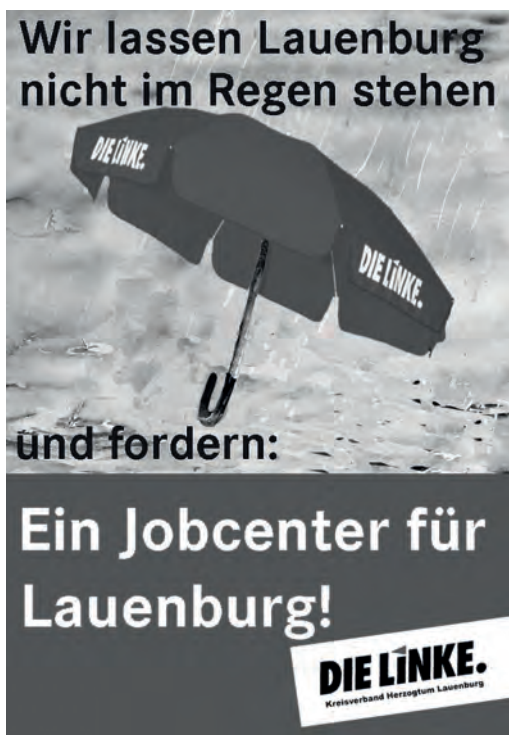
**Info Die Linke:** Wie seid Ihr mit den anderen Parteien klar gekommen? Bei Euch gibt es ja CDU, SPD, Grüne?

**MICHAEL:** Und einen NPD Vertreter. Aber der spielt keine Rolle. Aber: Er ist da.

**Info Die Linke:** Ist es vorgekommen, dass diese anderen Parteien im Laufe

der Zeit mal an euch herangetreten sind, um mit euch zusammenzuarbeiten?

**MICHAEL:** Die Kooperation ist gleich Null, so gut wie gar nicht vorhanden. Ich glaube, einmal kamen sie an. Da ging es um den Nazi-Aufmarsch in Lübeck. Sie kamen auf uns zu und wollten so einen interfraktionellen Aufruf machen. Dabei hatten wir selbst die beiden Jahre davor exakt den Antrag gestellt. Die anderen Fraktionen waren zu Anfang uns gegenüber auch persönlich sehr sehr reserviert. Das ging soweit, dass man nicht einmal per Handschlag begrüßt wurde. Inzwischen hat sich das total gewandelt. Jetzt kann man halbwegs vernünftig miteinander umgehen, wie Mitteleuropäer. Wobei ich eine Ausnahme machen muss: ein Teil



der SPD ist uns sehr unwohl gesonnen. Die Hälfte der SPD ist freundlich, wir quatschen sogar etwas privat zusammen. Aber einige ignorieren uns völlig. Die geben dir nicht die Hand, die sagen dir nicht Guten Tag, für die bist du Luft.

**Info Die Linke:** Wer „regiert“ denn bei euch im Kreis? Gibt es wechselnde Mehrheiten im Parlament?

**MANFRIED:** Die CDU ist dran. Die knallt alles durch. Ihre Mehrheit reicht immer. Und wenn einer von der „Mehrheit“ mal nicht da ist, hebt eben ein SPD-Mann oder Grüner dafür die Hand. Hinterher sagen sie mir, wir haben eigentlich dagegen gestimmt. Auch wird mal eine Abstimmung durchgeführt, als wenn einer, der schon gegangen ist, noch da wäre. Falls ich gewählt werde und in den Kreistag komme, werde ich das mal aufgreifen.

**Info Die Linke:** Wie habt ihr euch verhalten? Habt ihr Anfragen und Anträge stellen oder Diskussionen anregen können?

**MICHAEL:** Einfluss haben wir auf jeden Fall. Wir haben bis jetzt 26 Anträge eingereicht. Etliche Anfragen. Das ganze Spektrum unseres Wahlprogramms haben wir abgedeckt. Da waren wir super gut. Wir haben viele Veranstaltungen „Fraktion vor Ort“ gemacht. Unsere Anträge sind zwar alle abgebugelt worden. Aber manchmal haben die Grünen mit uns gestimmt. Auch mal die SPD. Meistens haben sich beide aber enthalten. Da waren dann nur die drei Ja-Stimmen von uns.

Aber dennoch gibt es Beschlüsse, wo wir sagen können: Das war in Wirklichkeit unser Antrag. Viele Anträge von uns sind zunächst abgebugelt worden. Und dann, ein zwei oder drei Monate später, so still und heimlich, zum Beispiel im Beirat, tauchte der Antrag wieder auf, z.B. zum Ökostrom und zu Fotovoltaik-Anlagen. Alles das, was wir beantragt hatten, ist dann auf Antrag der CDU geschehen. Die haben uns erst abgebugelt und dann später ähnliches oder im Prinzip dasselbe übernommen. Nur später. Da konnten wir dann durchaus zustimmen.

**Info Die Linke:** Also habt ihr als Linke auf diese Weise doch Einfluss und Erfolg gehabt?

**MICHAEL:** Wir können uns insofern wirklich auf die Schulter klopfen: wir haben etwas bewegt! Ein Beispiel ist die Einrichtung eines Energierates. Den hatten sie mit 55 zu drei Stimmen abgelehnt. Jetzt kam genau dieser Antrag erneut in den Ausschuss. Da wurde von der Verwaltung kess gesagt, sie würden jetzt auf den Antrag der SPD zurückgreifen. Und wir haben dann gesagt: Wir müssen nicht den abgespeckten Antrag der SPD nehmen. Wir können doch den Antrag der Linken vom letzten Jahr nehmen, der mit 55 zu drei abgelehnt worden ist. Daraufhin antwortete die Verwaltung: da sehen Sie mal, wie flexibel wir sind! Jetzt ist dieser („unser“) Energieausschuss eingerichtet worden, obgleich er das Jahr zuvor mit unserem Antrag abgelehnt worden war. Und zum Ökostrom. Wir haben Ökostrom für alle kreiseigenen Gebäude gefordert. Uns wurde gesagt, das sei viel zu teuer. Da ging es um 3000 Euro bei einer „geplanten“ Summe, die in die Millionen geht. Dann passierte Fukushima. Und wie Phönix aus der Asche kam der CDU-Mann und sagte: wir werden das jetzt machen! Dann lachen wir natürlich. Und die CDU grinst natürlich auch. Ein weiteres Beispiel war ganz krass und echt der Hammer. Es ging um das

Frauenhaus in Schwarzenbek. Da wird unser Antrag auf Erhalt des Frauenhauses abgelehnt. Gleichzeitig stellt die FDP-Fraktion handschriftlich den Antrag: die FDP-Fraktion ist für den Erhalt des Frauenhauses. Der wurde dann einstimmig beschlossen. Obwohl unser Antrag genau das gleiche gefordert hatte: Unser Antrag wurde abgelehnt. Und der FDP-Antrag angenommen – einstimmig. Natürlich haben wir zugestimmt. Solche Sachen machen die nur, damit keinem Antrag von uns Linken zugestimmt wird!

**Info Die Linke:** Wie behandelt euch in solchen Fällen die Presse? Was macht ihr selber, damit eure Positionen in der Öffentlichkeit bekannt werden – dass es Die Linken waren, die etwas vorge schlagen haben.

**MANFRIED:** Wir haben da eine geteilte Situation. Im Nordkreis gibt es die Lübecker Nachrichten. Im Südkreis, also hier ab Schwarzenbek, bekommst du die Lübecker Nachrichten nirgends am Kiosk, d.h. wir werden nur im Raum Ratzeburg und Mölln wahrgenommen. Die bringen alles von uns. Jede Pres-

semitteilung. Da gibt es auch einen blauen Kasten: „Politiker und Parteien haben das Wort“. Da können sich alle Parteien äußern und auch wir können darin schreiben, was wir wollen. Wir haben darauf auch viel gute Resonanz. Zum Beispiel in Ratzeburg am Infostand: „Ich wähle euch zwar nicht, aber was ihr geschrieben habt, ist Klasse!“

**Info Die Linke:** Ich weiß ja von euch, dass ihr viele Presseerklärungen macht. Werden die genutzt?

**MANFRIED:** Es reicht ja nicht aus, in einer Pressemitteilung zu schreiben: Die Linke trifft sich wöchentlich dann und dann. Du musst etwas Aktuelles und auch Witziges aufgreifen. Die verlaufen dann nicht im Sande.

Dazu ein schönes Beispiel, was wir mit unserer Pressearbeit erreichen konnten. Im Kreistag sollte Geld gespart und dafür das Wisent-Gehege dicht gemacht werden. Mit Zustimmung des Ausschusses (acht zu eins). In anderen Gegenden werden Gehege solche seltenen Tiere gerade aufgebaut. Da hatte Michael als Abgeordneter den Geistesblitz, und schrieb in einer Presse-

mitteilung: „Statt Wisent-Gehege eine Meerschweinchen-Farm!“ Das kam in die Presse und drei Wochen später gab es einen riesigen Tumult! Weil jetzt die FDP „unseren“ Antrag auf Erhalt des Geheges im Kreistag stellte und damit haben sie sich auch „gut“ in die Presse dargestellt. Ohne sich vorher mit der CDU abgestimmt zu haben. Nun stimmten die meisten Abgeordneten dem zu – so ist unser Antrag durchgekommen!

**Info Die Linke:** Wenn Ihr Infostände macht, mach Ihr dazu auch einmal ein Flugblatt, damit die Leute wissen, was ihr getan habt?

**MANFRIED:** Natürlich. Wir hauen ja dauernd Flugblätter heraus. Ich bin zum Beispiel heute 3 Stunden durch Mölln gelaufen und habe verteilt. Ich sage immer, wenn die Leute nicht zu uns kommen, dann müssen wir zu ihnen gehen.

Unsere Flugblätter zu den Zwangssparmaßnahmen sind recht eindeutig. Wir könnten uns hier in Lauenburg zu Tode sparen, denn es geht um -zig Millionen, die gespart werden sollen. Und

## Kleine Geschichte einer Mitglieder-Zeitung „INFO Die Linke.SH“



**Info.Die Linke.SH** ist die Zeitung für die Mitglieder der Partei Die Linke in Schleswig-Holstein. Sie wird vom Landesrat der Partei herausgegeben und hat eine eigenverantwortliche, vom Landesrat gewählte Redaktion. Ungefähr vier- bis sechsmal pro Jahr erscheint die Zeitung als Online- und Print-Ausgabe. Dabei wird sie jedem Mitglied per e-Mail zugeschickt und sie erscheint auf der homepage des Landesverbandes. Diejenigen, die über diese technischen Neuerungen nicht verfügen, bekommen sie schriftlich

über den GNN-Verlag zugeschickt, außerdem erhält jeder Kreisverband jeweils einige Exemplare zum Verteilen in ihren Büros und an den Infotischen. Bei besonderen Anlässen – so in Wahlzeiten, wie gerade jetzt bei der Kommunalwahl im Mai dieses Jahres – erhalten alle Mitglieder eine Print-Ausgabe.

Die Geschichte dieser Mitglieder-Zeitung ist so alt wie die Partei in Schleswig-Holstein selbst. Seit 1990 gab der Landesvorstand der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) über die Geschäftsstelle in loser Reihenfolge einen „Rundbrief“ heraus, der gut ein Jahrzehnt lang die Mitglieder über Pläne, Ereignisse und Ergebnisse der Bundes- und Landespolitik informierte. Ab 2003 gab es wiederholt Anläufe durch

den Landesvorstand der PDS, eine Parteizeitung quasi als „Zentralorgan“ zu schaffen – fand aber in der gewünschten Ausführung keine praktische Unterstützung.

Erst ein Jahr später beschloss die Basis der Partei auf einer Landesmitgliederversammlung die Herausgabe einer neuen Mitgliederzeitung unter dem Namen „Rundbrief Schleswig-Holstein PDS“. Ausdrücklich wurde in diesem Beschluss „pluralistisch“ erklärt: „Deshalb werden wir von der Redaktion stets solche Artikel bevorzugen, die über unsere Partei-Politik im Lande berichten... aber (es sollen) auch Artikel übernommen werden, die von befreundeten Menschen an uns geschickt wurden und nicht direkt aus der Feder von Landesvorsitzenden und Mitgliedern stammen.“ Die Versammlung beauftragte Edda Lechner, die Zeitung redaktionell zu leiten.

Nachdem 2005 anlässlich der vorgezogenen Bundestagswahl die Linkspartei aus der PDS entstanden und die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) entstanden war, gab es im Landesverband SH einen heftigen Streit um den für die Linkspartei erfolgreich als MdB gewählten Lutz Heilmann. Dieser war – um den linken Parteibildungsprozess zu behindern – vom „Spiegel“ als DDR-Spitzel angegriffen worden. Quer durch beide neuen Gruppierungen stimmte man dem zu oder man verteidigte ihn vehement. Dies fand ihren Niederschlag ab November 2005 auch in der neuen

Online-Zeitung „Linksbündnis Schleswig-Holstein“, die nach der Neuwahl des Landesvorstandes 2006 als deren offizielle Mitglieder-Zeitung bis Mitte 2007 anerkannt blieb. Einige Versuche von innerparteilichen Gegenpublikationen scheiterten. Auf beiden Seiten prägten Skandal-Meldungen den Stil und sorgten dafür, dass die jeweils andere Seite geschmäht wurde, möglichst erst gar nicht zu Worte kam oder die Zeitung an „ihr Klientel“ nicht verteilt werden durfte.

Als sich im Juni 2007 Linkspartei und WASG zu der Linken vereinigten, erlaubte der Landesvorstand der Linken. SH zunächst die Herausgabe der neuen Mitgliederzeitung „Info Die Linke.SH“. Aber da sich der heftige Streit zwischen den verschiedenen Gruppierungen fortsetzte und neue Differenzen über inhaltliche politische Positionen und die Konkurrenz um von der Partei zu vergebende Ämter hinzu kamen, war die Existenz der Zeitung ständig angegriffen und bedroht. Wer sollte sie herausgeben, wer hatte die Kontrolle über ihre Inhalte, mit wie viel Etatmitteln sollte sie überhaupt bedacht werden? Der Landesvorstand beschloss ohne Anhörung, das Info nicht herauszugeben, die Landesvorsitzenden verweigerten den Versand an die Mitglieder, der Finanzrat sah kein Geld im Etatposten vor und gegen bewilligte Gelder legte als besonders verbissener Gegner der Schatzmeister Vetos gegen die Auszahlung ein. Es entbrannte ein Streit darüber, ob der Landesverband der Linken die Kosten



trotzdem gehen wir davon aus, dass am Ende nicht die schwarze Null stehen wird. Man kann kommunalpolitisch all die Aufgaben, die wir aufgedrückt bekommen haben, nicht packen. Wir sind vom Land und vom Bund nicht entsprechend ausgestattet. Wir haben schon einmal ausgerechnet: wenn man alle freiwilligen Leistungen auf Null setzen würde, selbst dann würden wir nicht aus der Misere herauskommen. Die Aufgaben sind da und müssen erledigt werden. Viele nützliche soziale Institutionen werden auf diese Weise kaputtgemacht. Eine davon hat kürzlich geschrieben, von drei Beratungsterminen können wir nur noch einen halten. Dabei geht es manchmal nur um ein paar 1000 Euro. Es heißt dann, wir können die Leute nicht mehr finanzieren, das Büro können wir nicht mehr halten. Wir müssen dichtmachen. Der Punkt ist, die Einnahmeseite wird immer vernachlässigt...

**Info Die Linke:** Ihr habt einerseits ja die ganzen „linken Themen“ abgehandelt. Wo habt ihr euch dabei besonders engagiert?

**MICHAEL:** Ganz tief drinnen waren wir beim Thema „Bürger-Haushalt“. Das ist natürlich von allen abgeblüht worden. Darauf hin haben wir in jeder größeren Stadt im Kreis eine Infoveranstaltung „Fraktion vor Ort“ gemacht. Jedes Mal waren wir damit in der Presse. Das war ein zentrales Thema von uns. Was natürlich gut war. Es ging darum, dass der Kreishaushalt als „Bürgerhaushalt“ eingerichtet wird. Alle haben dagegen gestimmt. Wir sind aber sicher: das Ding kommt in den nächsten fünf Jahren wieder auf den Tisch.

Dann: Erhalt der Kreissparkasse, der KSK. Da waren wir über all vor Ort. Da haben wir Mahnwachen in Lauenburg abgehalten. Ebenso bei dem Thema der Fusion mit der HASPA. Da haben wir wirklich groß aufgefahren. Dafür sind wir auch sehr angegriffen worden – direkt auch vom Landrat. Der holte in einer Sitzung, als er mit seinen Argumenten nicht weiterkam, die ganz große Keule heraus: Alle Fraktionen hätte doch in den letzten Jahrzehnte bei wichtigen Entscheidungen immer gemeinsam abgestimmt. Wir haben uns

davon aber nicht beeindrucken lassen und dazu auch noch eine Mahnwache genau gegenüber der Zentrale der Kreissparkasse durchgeführt – auf dem Ratzeburger Marktplatz und mit einem riesigen Plakat. Tausende von Autos sind da vorbeigefahren und haben uns gesehn. Das hat gewirkt. Beim Richtfest der neuen Sparkasse in Geesthacht, da waren wir natürlich eingeladen. Was haben wir gemacht? Wir haben ein Transparent vorne hingestellt und gegen die Privatisierung der Sparkassen demonstriert. Nachdem die Privatisierungspläne dann doch gescheitert sind, können wir nun stolz in der Öffentlichkeit argumentieren: „Das Kartellamt hat sich unserer Auffassung angeschlossen“.

**Info Die Linke:** Ihr macht ja auffallend viele öffentliche Aktionen. Wie kommt ihr denn in der Öffentlichkeit an?

**MANFRIED:** Ich sage immer, der bekannteste Kommunalpolitiker im Landkreis ist Michael – der Genosse Michael Schröder von der Linken! Zumindest im Nordkreis. Den kennt jeder. Von den Politikern der anderen Partei-

(ca. ein Euro pro Jahr pro Mitglied) oder die 16 Kreisverbände diese tragen sollten. Unernsteste Gegenkonzepte – breiter, attraktiver mit höherer Auflage – wurden vorgestellt, aber nicht ausgeführt. Das Modell war unbezahlbar und es gab auch niemanden, der diese aufwändige Arbeit ernsthaft regelmäßig übernehmen wollte.

Nach wiederholten Diskussionen, die von einer Initiative von GenossInnen mit Ausdauer und „guten Argumenten“ über ein Jahr lang im Landesrat der Partei Die Linke.SH geführt wurden, stieg die Akzeptanz merklich an. Ende 2007 bis Mitte 2008 beschloss dieses Gremium – anstelle des Landesvorstandes – die Mitgliederzeitung weiter zu führen und ihre Herausgabe im Sinne des Presserechtes zu übernehmen.

– 1. Für die Publikation wurde einvernehmlich bei wenigen „hartnäckigen“ Gegenstimmen die Vielfalt der Meinungen und Tätigkeiten innerhalb der Partei in Schleswig-Holstein und darüber hinaus garantiert. „Beiträge von Mitgliedern und Sympathisantinnen sind ausdrücklich erwünscht, dies gilt auch für kritische Artikel und Stellungnahmen,“ heißt es in dem Beschluss. In diesem Sinne steht „Info Die Linke.SH“ bis heute mit auch mit anderen linken Zeitungen im Lande (z.B. „Gegenwind“ und LinX“) in regem Austausch.

– 2. Mit Hinweisen auf andere linke oder gewerkschaftliche Zeitungen war immer wieder gefordert worden, was

nun anerkannt wurde: die Selbständigkeit der verantwortlichen Redaktion. „Die Redaktion ist für die technische, organisatorische und inhaltliche Arbeit im Zusammenhang mit der Zeitung zuständig. Sie arbeitet selbständig gemäß den Zielen der Partei Die Linke“... wobei sie natürlich „zu einer verantwortungsbewussten und wahrheitsgetreuen Berichterstattung im Sinne der publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserates (Pressekodex) verpflichtet (ist). Beiträge und Meinungen in der „Info Die Linke.SH“ dürfen keinen beleidigenden und ehrverletzenden Inhalt haben oder in anderer Weise gegen geltendes Recht verstoßen.“

3. Außerdem konnte durchgesetzt werden – gegen viele, die die Zeitung nur online und per e-Mail erscheinen lassen wollten –, dass die Zeitung denjenigen, die eine solche elektronische Lesekultur nicht beherrschen oder wünschen, die Ausgaben regelmäßig in schriftlicher Form zugeschickt bekommen. Das ist zwar ein sinkender (von einem Drittel auf ein Viertel) aber immer noch ein beachtlicher Anteil von Mitgliedern des Landesverbandes. Eine voller Versand an alle Mitglieder ist finanziell zu teuer und wird nur – wie jetzt im Kommunalwahlkampf – in Ausnahmefällen praktiziert.

Die Redaktion einigte sich auf die folgenden drei Haupt-Gliederungspunkte:

– Artikel zu grundsätzlichen Themen (möglichst von eigenen VerfasserInnen

aus SH).

– Darstellungen von Tätigkeiten und Meinungen im Landesverband, dem Landesvorstand, Landesrat und deren „Personal“, z.B. den SprecherInnen und aus der Fraktion – z.Z. nur die beiden MdBs aus der Bundestagsfraktion.

– eine möglichst breite Berichterstattung aus den Kreisen, Ortsverbänden und Landesarbeitsgemeinschaften zu ihren Plänen und Aktivitäten.

Bei den vielen sonstigen Publikationen und Newslettern, die die Genossinnen und Genossen der Linken in die Hände bekommen ist dies ist fast der bedeutendste Teil der Veröffentlichungen. Wer im „hohen Norden“ in Flensburg tätig ist, kann eigentlich nur über dieses Info erfahren, was sich bei den GenossInnen im südlichen Norderstedt ereignet und umgekehrt. Das ist kommunalpolitisch von größter Wichtigkeit und nicht nur im Wahlkampf. Das ist im „Land zwischen den Meeren“ wohl auch der Hauptgrund, warum die Zeitung inzwischen fast problemlos anerkannt wird und einen großen Kreis von lesenden und schreibenden GenossInnen und SympathisantInnen bei der Linken in Schleswig-Holstein und darüber hinaus vorzuweisen hat. So wurde auch dies Interview von der Redaktion und den beteiligten beiden Kommunalvertretern engagiert und kritisch vorbereitet und durchgeführt.

Die Online-Ausgaben sind hier zu finden: [http://www.linke-sh.de/partei/strukturen/landesrat/landes\\_info/](http://www.linke-sh.de/partei/strukturen/landesrat/landes_info/)

en kennt man doch noch nicht einmal den Namen. Michael ist hier wirklich der bekannteste.

**Info Die Linke:** Wie steht es mit den Kontakten zu anderen Institutionen? Gibt es solche, mit denen ihr zusammen arbeitet?

**MICHAEL:** Wir haben viel versucht und auch alle Verbände und Wohlfahrtsverbände eingeladen. Die Initiativen waren zwar immer froh, wenn wir bei ihren Aktionen dabei waren, aber regelmäßig zu uns gekommen sind nur die VVN und teilweise die Antifa. Die Anti-AKW-Initiativen wollen sich nicht so gerne an Parteien binden (leider sind sie durchaus mit anderen Parteien verquickt). 2008 war es so, dass Gewerkschafter bei uns auftauchten. Das hat sich jetzt geändert. Die wollen lieber mit der alten SPD zusammen arbeiten. Der neue DGB-Vorsitzende im Kreis, der von Verdi kommt, wurde wohl zurückgepfiffen...

Hier im ländlichen Bereich trauen sich die Leute nicht so einfach, sich bei der Linken zu zeigen. Einer sagte mal in Ratzeburg am Infostand: Wenn das mein Nachbar jetzt sehen würde, dass ich bei euch stehe, dass ich von der Linken ein Flugblatt hole, ich glaube, der schmeißt mich die Treppe hinunter.

**Info Die Linke:** Ihr seid nun bereits mitten im Wahlkampf. Welche Themen stellt ihr in den Vordergrund? Was wünscht ihr euch für die zukünftige Tätigkeit im Kreis Lauenburg?

**MANFRIED UND MICHAEL:** Wir hoffen, dass wir wenigstens wieder in Fraktionsstärke reinkommen. Viereinhalb Prozent müssten wir dafür schon haben. Wir hatten ja 58 Abgeordnete im Kreistag. Künftig haben wir nur noch 45 Sitze. Es ist also etwas enger geworden. 2,4 % wären etwa nötig für einen einzigen Sitz.

Wir wachsen: Wir werden bei dieser Wahl erstmals auch in Ratzeburg antreten. Nicht nur Geesthacht. Wir sind also sehr präsent und hoffen, dass es klappt.

**Info Die Linke:** Zunehmend gibt es ja Menschen, die gar nicht mehr zur Wahl gehen. Habt ihr ein Konzept, wie man Leute dazu bringen kann, trotzdem zu wählen?

**MANFRIED:** Wir wollen ca. eine Woche vor der Wahl eine Kampagne starten und die Leute auffordern, wählen zu gehen. Dazu machen wir einen Flyer. Der wird in die Briefkästen verteilt. Eine Woche vor der Wahl werden wir die Briefkästen noch einmal damit bepflanzen. Verbunden mit einigen guten Gründen, warum man uns wählen soll. Man darf gespannt sein!

**Info Die Linke:** Wir wünschen euch viel Erfolg!

# Fußball und Rassismus – ein harter Kampf um das Geschehen auf dem Spielfeld

Der Nigerianer Ikenna Onukogu (27 Jahre alt) stand am 3. März 2013 im Tor des Fußballvereins Hertha Hamburg in einem Spiel gegen Dostlukspor Bottrop (Bezirksliga Niederrhein, Gruppe 9). In der 88. Spielminute wird das Spiel vom Schiedsrichter abgebrochen. Die Bezirkspruchkammer 3, ein Rechtsorgan des Fußballverbands Niederrhein e.V., hat daraufhin den Spieler Ikenna Onukogu per einstweiliger Verfügung gesperrt: „... Der Spieler ist dringend verdächtig, sich durch sein Verhalten einer groben Unsportlichkeit schuldig gemacht zu haben ... und (es erscheint) auf Grund des Ausmaßes des Fehlverhaltens die vorläufige Sperre zur einstweiligen Sicherung des Sportverkehrs notwendig ...“

Zuerst die lokale und regionale und dann die überregionale Presse war empört über die Vorfälle, die zum Spielabbruch geführt haben, und noch mehr empört über die einstweilige Verfügung des Sportgerichts. Daraufhin hebt der Fußballverband Niederrhein die Sperre für Onukogu bis zur Verhandlung vor der Spruchkammer des Bezirksgerichts am 4. April 2013 „...Aufgrund der nunmehr nachträglich bekannt gewordenen Begleitumstände ...“ auf.

## Was war vorgefallen?

Onukogu wurde gesperrt, weil er eine Plastikflasche in die Zuschauermenge geworfen hat. Dass diesem Akt beleidigende und rassistische Angriffe seitens einiger Zuschauer, die sich laut Onukogu direkt hinter seinem Tor zusammengerottet haben, vorausgegangen waren, war vom Schiedsrichter dem Bezirksgericht nicht gemeldet worden. Auch habe der Schiedsrichter nicht davon berichtet, dass sich Onukogu bereits vor dem Zwischenfall an den Linienrichter und später auch an den Schiedsrichter gewandt habe und sich bei ihm über die pöbelnden Zuschauer beschwert habe, wohl Fans von Dostlukspor Bottrop. Die FAZ vom 20.3.13: „Es waren so zehn, zwanzig Leute“, sagt Onukogu. „In der zweiten Halbzeit haben sie dann angefangen, mich ständig zu beleidigen, auch rassistisch. Sie standen ungefähr fünf Meter hinter meinem Tor.“ Der Torwart hört, wie sie ihn „Affe“ rufen. „Arschloch“. „Nigger“. Er sagt, wenn die Leute hundert Meter entfernt gewesen wären, hätten ihn Beleidigungen nicht gekümmert, aber die Provokateure stehen in seinem Rücken. Der Schiedsrichter habe Onu-

kogu Beschwerde mit den Worten abgetan, er solle sich nicht so aufregen, es sei doch „alles unter Kontrolle“. (Dem Hamborner Trainer gegenüber habe er aber zu verstehen gegeben, dass er sich selbst durch die Zuschauer bedroht gefühlt habe.) Die Niggerrufe gingen weiter, Onukogu wird mit einer Plastikflasche beworfen mit den Worten, die solle er sich in seinen Arsch stecken. – „Ich konnte es nicht mehr aushalten“, sagt der Torwart, „ich bin ausgerastet.“ Er rennt auf die Leute hinter seinem Tor zu, es gibt Tumult und Handgreiflichkeiten. Der Schiedsrichter bricht das Spiel ab.

## Unwürdige Reaktion des Vorsitzenden von Dostlukspor Bottrop

Nicht genug mit Zusammenrottung, Beleidigung, rassistischem Angriff, Tötlichkeit, Opfer zum Täter machen – versucht der Vorsitzende des gastgebenden Vereins Dostlukspor Bottrop, Okunogu den Ruf eines Schlägers anzuhängen. „Und er ist wohl kein Unbekannter. Er ist schon mal zehn Monate gesperrt worden wegen seiner Ausraster und auch schon aus einigen Vereinen geflogen, was nicht wirklich für ihn spricht.“ Es gebe keine Beweise dafür, dass rassistischen Äußerungen gefallen seien. „Ich verurteile Rassismus aufs allerschärfste. Sollte es jemals vorkommen, dass ein Mitglied unseres Vereins jemand rassistisch beleidigt, dann fliegt er hochkant aus unserem Verein“, schreibt er bei seiner Gegendarstellung, die auf Hörensagen beruht, im Internetportal „Auf'm Platz“ vom 6.3.13. Damit nicht genug, wird auch noch der eigene (!) Trainer Sebastian Stempel, der darüber berichtet hatte, dass es bei den Bottropper Fans bereits mehrfach zu ähnlichen Vorfällen kam und der sich als Zeuge für die rassistischen Beleidigungen zur Verfügung stellt, und seine Aussage als „Schnellschuss“ diskreditiert und in diesem Zusammenhang angekündigt: „Wir werden uns in nächster Zeit mit Sebastian zusammensetzen und mit ihm über die Zukunft reden.“

## Ein ungeheuerlicher Vorgang

Während die großen Fußballverbände seit Jahren Programme gegen Rassismus verfolgen (siehe Kasten), findet auf den Sportplätzen der Kampf um die Meinungs- und um die faktische Hoheit statt. Mobartige Stimmungsmache, Einschüchterung, Bedrohung,



**UEFA:** Seit 2000 spielt der Kampf und Aktionsprogramme gegen „Rassismus bei Fußballspielen im europäischen Klubfußball“ bei der UEFA eine gewisse Rolle. 2001 ging die UEFA eine Partnerschaft mit FARE (Football Against Racism in Europe) ein. Nachzulesen in: „vereintgegen-rassismus im europäischen Fußball – UEFA-Handbuch für gute Verhaltensregeln“  
<http://de.uefa.com/newsfiles/82792.pdf>

#### „FIFA gegen Rassismus: Die Meilensteine eines Jahrzehnts:

**2002** – Die FIFA führt die weltweiten FIFA-Tage gegen Diskriminierung und Rassismus ein

**2002** – Zahlreiche Persönlichkeiten unterstützen die FIFA in ihrem Kampf

**2004** – Verabschiedung des Ethik-Kodex

**2006** – Neufassung des

Artikels 58 des FIFA Disziplinarreglements

**2006** – Kampagne unter dem Motto „Sag nein zum Rassismus“

**2007** – Benefizspiel „90 Minuten für Mandela

**2010** – Anti-Diskriminierungstage in Südafrika“

Zitiert aus: <http://de.fifa.com/aboutfifa/socialresponsibility/news/newsid=1386143/index.html>

**Ganz aktuell: FAZ: 29.3.2013** „Die

#### FIFA gegen Rassismus: Die Meilensteine eines Jahrzehnts

(FIFA.com) Mittwoch 2. März 2011



Europäische Fußball-Union bringt bei ihrer Exekutiv-Sitzung einen gemeinsamen Kampf gegen Rassismus und Spielmanipulationen im Fußball auf den Weg ... Konkret beschloss die Exekutive in der bulgarischen Hauptstadt eine Resolution gegen Rassismus und einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Spielmanipulationen. Beides wird von den Dachverbänden der Vereine (ECA), Ligen (EPFL) und Spielergewerkschaften (FIFPro Division Europe) unterstützt und beinhaltet auch ausdrücklich eine Bitte um Hilfe der Staaten.“

**DFB:** Der Deutsche Fußballbund hat erst mit Wahl von Theo Zwanziger Abschied von rechten Traditionen genommen: ein Bündnis gegen Rechts wurde ins Leben gerufen, das Internet-Portal „Netz gegen Nazis“ mit gegründet, „Anti-Rassismus-Wochen“ und gemeinsam mit der Fußball-Liga „Zeig Rassismus die Rote Karte“ durchgeführt.

<http://de.fifa.com/aboutfifa/socialresponsibility/news/newsid=1386143/index.html>

tatsächlicher Angriff – das scheint doch mehr als nur die Ausnahme zu sein. Es ist nur recht und billig und es gebührt Unterstützung, dass es öffentliche Aufmerksamkeit und Aktion

in den jeweiligen konkreten Bezügen gibt, um Scheinheiligkeit, Relativierung, Verharmlosung, Schuldumkehr und ein Überlassen des Feldes zu bekämpfen.

**WAZ 24.3.13:** „So stellt man sich Fair-Play im Fußball vor. Vor dem türkischen Derby in der Bezirksliga zwischen Hertha Hamborn und dem TSV Bruckhausen, das 0:0 endete, demonstrierten die Kicker beider Vereine gegen Rassismus. Nach den Vorfällen im Abbruch-Spiel der Hertha bei Dostlukspor Bottrop stärkten die Spieler dem in Bottrop beleidigten Hertha-Keeper Ikenna Onukogu den Rücken, indem sie ein Plakat hochhielten, auf dem geschrieben stand „gib Rassismus keine Chance“.

#### Ultras gegen Rassismus

Die offene Flanke gegenüber Rassismus in den Stadien besteht – so kann diese aktuelle Auseinandersetzung am Niederrhein betrachtet werden – in der Ignoranz, die dann rasch umschlagen kann in ein Bereiten des Feldes für Rassismus. Gerne wird behauptet, die Gefahr ginge von den Ultras aus. Nicht, dass es keine Bestrebungen seitens der Rechten gibt, in die Ultraszene hineinzukommen und von dort aus zu operieren, aber hier gibt es auch ganz andere Tendenzen:

Die „Frankfurter Rundschau“ (FR) vom 5.3.2013 berichtet über Aktionen gegen Rassismus und Antisemitismus von Ultra-Fan-Gruppen in der Bundesliga: die FC-Bayern-Ultra-Gruppierung „Schickeria“ bringt den jüdischen Coach Richard „Dombi“ Kohn in Erinnerung und richtet seit Jahren ein antirassistisches Fußballturnier zu Ehren des langjährigen jüdischen Bayern-Präsidenten Kurt Landauer (1884-1961) aus. Die Ultras um den 1. FC Nürnberg hatten mit ihrer Initiative zum Gedenken an den von den Nazis

vertriebenen Coach Jenő Konrad Aktionen und Veranstaltungen bewirkt. „Die ‚Supporters‘ des Hamburger SV finanzierten 2007 und 2008 die Sonderausstellung ‚Die Raute unter dem Hakenkreuz‘. Beim Lokalrivalen FC St. Pauli sorgte die Fan-Basis-Organisation ‚Arbeitsgemeinschaft interessierter Mitglieder‘ für die Umbenennung des Stadions, das bis 1998 nach einem NSDAP-Mitglied benannt war. Auch der Beitritt des Vereins zum Entschädigungsfonds jüdischer Zwangsarbeiter geht auf eine Faninitiative zurück.“, führt die FR aus.

#### UN setzt bei ihrer Arbeit auf Akteure aus dem Weltsystem Fußball

21.3.13 FAZ: Fußballprofi Kevin-Prince Boateng redet beim Internationalen Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung anlässlich der 22. Sitzung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen in Genf zu konsequentem Kampf gegen Rassismus.

Die Vorgeschichte: am 3. Januar 2013 verließ Kevin-Prince Boateng während eines Testspiels mit seiner Mann-

schaft AC Mailand in der 26. Minute das Spielfeld, nachdem zuvor von den Zuschauertribünen rassistische Gesänge gegrölt worden waren. „Als ich in der Partie gegen Pro Patria das Feld verließ, wusste ich, dass es keine gute Entscheidung war. Doch in diesem Moment war ich sehr wütend und sehr aufgewühlt. Ich habe sehr früh mit dem Schiedsrichter gesprochen, doch nach 26 Minuten explodierte ich und verließ das Spielfeld“, erklärte Boateng bei einem Gespräch mit dem FIFA-Präsidenten Blatter. „Dies sollte nicht die Entscheidung eines Spielers sein. Ich denke, dass in dieser Hinsicht vielleicht die Schiedsrichter mehr Macht haben und sich ein Herz fassen sollten.“ Seine (regelwidrige) Aktion, das Fußballfeld zu verlassen, hat weltweit große Resonanz im Fußball hervorgerufen, vor allem viele farbige Sportler unterstützten seine Aktion sofort.

Aus Boatengs Rede in Genf:

„Zu glauben, man könnte den Rassismus besiegen, indem man ihn ignoriert, ist der größte Fehler, den wir machen können“, sagte Boateng. Er verglich den Rassismus mit der Malaria und nannte ihn eine Krankheit, gegen die es keine Antibiotika gebe, man müsse in den Sumpf gehen und dagegen ankämpfen. „Wenn wir nicht versuchen, diesen Sumpf trockenzulegen, können viele von den jungen Leuten, die heute noch gesund sind, von einer der gefährlichsten Krankheiten unserer Zeit befallen werden.“ *Eva Detscher*

**Quellen:** FAZ und FR vom 22.3.2013 sowie FiFa-Webseiten)

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             |           |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>Aktuelle Meldungen</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | <b>2</b>  |
| Martimes Bewußtsein ... • Bundesregierung macht beim NPD-Verbot nicht mit • Ostermarsch 2013: Gegen Drohen und Rüstungsexporte • Demonstration zum Auftakt des NSU-Prozesses                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |           |
| <b>Merkel &amp; Schäuble verbreiten Furcht und Schrecken 4</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |           |
| <b>Neuerlicher Waffenstillstand der PKK</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | <b>6</b>  |
| <b>Öcalans historische Erklärung zu Newroz 2013</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | <b>6</b>  |
| <b>Auslandsnachrichten</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | <b>9</b>  |
| Bosnien-Herzegowina:<br>Gewerkschaftsrechte bei DM? • Ungarn: Kündigung politisch unliebsamer Professoren • Türkei: ITF und Hava-Is beschwerten sich bei der IAO • Türkei: Festnahme von Gewerkschaftsmitgliedern • Türkei: Ikea-Beschäftigte gründen weltweite Allianz • Kolumbien: Kokabauern fordern Alternativen • Honduras: Kampagne für freie Gewerkschaften • Kambodscha: CCC-AktivistInnen festgenommen                                                                                                                                                             |           |
| <b>Aktionen ... Initiativen</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | <b>10</b> |
| Atommüll-Kompromissvorschlag hat entscheidenden Fehler • Protest von BUND und Campact zum Energiegipfel • Aktuelles um den Wiederaufbau der Synagoge Stavenhagen • Paritätischer kritisiert Gesetzentwurf zur Gesundheitsvorsorge als altbackene Luftnummer • Die Drohnen-Kampagne läuft an • „Rückwärtsgewandte Politik“ EZ ausbauen statt kürzen • Gegen Lohn-diskriminierung von Frauen • Marginale Änderungen: Gesetzentwurf zu Bestandsdatenabfrage weiter verfassungswidrig • „Conscious Collection“ von H&M: Ohnmächtige Näherinnen machen Werbung für Existenzlöhne |           |
| <b>Mappes-Niediek stellt sein Buch „Arme Roma, böse Zigeuner“ vor</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | <b>12</b> |
| <b>Köln: Rot-Grün Antrag zur Roma-Politik findet wieder Zustimmung bei CDU, FDP und pro Köln</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | <b>13</b> |
| <b>Hamburg verlagert Frauenvollzug: Ohne Rücksicht auf Verluste</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | <b>14</b> |
| <b>Kommunale Politik</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | <b>15</b> |
| Die Quote allein macht noch keinen sozialen Wohnungsbau. Bremen • Kinderbetreuung für Stadtratssitzungen: Chemnitz • Deutscher Städtetag unterstützt NPD-Verbotsantrag. Berlin • Keine Entwarnung für die kommunalen Haushalte: Berlin                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |           |
| <b>Initiativbericht des Europäischen Parlaments zu Asbest</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | <b>16</b> |
| <b>Tarifrunde Länder beendet – Teilerfolg erreicht</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | <b>17</b> |
| <b>Wirtschaftspresse</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | <b>17</b> |
| <b>Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein: „Für I(i)ebenswerte Kommunen“</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | <b>18</b> |
| <b>Interview mit Manfred Liedtke und Michael Schröder, Kreis Herzogtum Lauenburg</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | <b>18</b> |
| <b>Kleine Geschichte einer Mitglieder-Zeitung „INFO Die Linke.SH“</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | <b>20</b> |
| <b>Fußball und Rassismus – ein harter Kampf um das Geschehen auf dem Spielfeld</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | <b>22</b> |

## RLS-Publikation: Die Wahlen in Kenia

Bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine Studie zu den Wahlen in Kenia erschienen, sie kann wie immer heruntergeladen werden unter: [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de), Stichwort Publikationen. Hier einige Auszüge der von Siegfried Schröder erstellten vorläufigen Analyse:

Am 4. März 2013 fanden in Kenia zum ersten Mal nach der Verabschiedung der neuen Verfassung im Jahr 2010 Wahlen statt. Da der amtierende Präsident Mwai Kibaki nach zwei Wahlperioden im Amt nicht mehr kandidieren durfte und ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden aussichtsreichsten Kandidaten für seine Nachfolge vorausgesagt war, konzentrierte sich das Interesse der nationalen und internationalen Öffentlichkeit auf die Wahl des Präsidenten. Aber auch die Wahl zu den neugeschaffenen Gremien des Senats, der regionalen Vertreterversammlungen und die Wahl der Gouverneure waren für die von der Verfassung vorgesehene Dezentralisierung von großer Bedeutung. Am 9. März wurde Uhuru Kenyatta nach einem langwierigen und von einigen technischen Schwierigkeiten begleiteten Auszählungsprozess vom Vorsitzenden der Wahlkommission mit dem denkbar knappen Resultat von 50,07 Prozent der abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang zum neu gewählten Präsidenten Kenias erklärt.

Da die neue Verfassung Kenias Strukturen vorgesehen hat, die eine politische Dezentralisierung gewährleisten und auf nationaler Ebene eine stärkere Vertretung der Regionen sicherstellen sollen, mussten die Kenianer und Kenianerinnen bei der Wahl insgesamt sechs Stimmzettel ausfüllen. Zur Wahl standen: Präsident/in Stellvertreter/in; 290 Abgeordnete des nationalen Parlaments; 47 Frauenvertreterinnen – als zusätzliche Mitglieder des nationalen Parlaments; 47 SenatorInnen; 1450 Mitglieder der 47 County-Versammlungen, (die auf dieser dezentralen Ebene legislative Funktionen ausüben); 47 Gouverneure und Stellvertreter.

Entgegen den Befürchtungen vieler sind die Wahlen weitestgehend friedlich verlaufen. Maßgeblich dazu beigetragen haben wiederholte Aufrufe aus der Politik, den Medien und der Zivilgesellschaft, den Wahltag friedlich zu begehen und bei Zweifeln oder Kritik die entsprechenden Gremien, also die Wahlkommission und die Gerichte anzurufen. Zudem standen alle Wahlstationen unter dem Schutz von

nahezu 100.000 PolizistInnen und anderen Sicherheitskräften. Die Gerichte sind während des Auszählungsprozesses mehrfach angerufen worden, sowohl durch politische Parteien als auch durch zivilgesellschaftliche Organisationen. Ebenso hat Raila Odinga angekündigt, jeden Richterspruch des Supreme Court bzgl. seiner Anfechtung des Ergebnisses zur Präsidentschaftswahl zu akzeptieren und dieses auch von seinen Anhängern verlangt. Trotz massiver politischer Auseinandersetzungen und einer (partei)politischen Spaltung des Landes wird anscheinend von vielen KenianerInnen in der Politik, bei zivilgesellschaftlichen Organisationen und in der generellen Öffentlichkeit die unabhängige und gestärkte Judikative infolge des Verfassungsprozesses als Fortschritt angesehen.

Innenpolitisch ist im Moment die entscheidende Frage, wie das entlang der Wahlkoalitionen und damit auch entlang der großen Ethnien, die durch diese Koalitionen repräsentiert wurden, gesplante Land zur politischen Normalität zurückkehren kann. Nicht nur der Präsident ist, sofern vom Supreme Court bestätigt, nur äußerst knapp im ersten Wahlgang gewählt worden, wenn auch mit deutlichem Vorsprung vor seinem Konkurrenten Raila Odinga. Bei den Wahlgremien Senat und dem Abgeordnetenhaus kann voraussichtlich in jedem Haus je eine Seite eine relative Mehrheit beanspruchen. Auch bei der Verteilung der Gouverneursposten liegen die beiden Lager nahe beieinander. Um bei dieser Machtverteilung – Vertreter kleinerer Parteien können beliebig zwischen den beiden Allianzen ‚floaten‘, je nach Angebot – eine stabile Regierung zu führen, die die enormen Aufgaben auf nationaler Ebene erfüllen kann, braucht es sicherlich eine Zusammenarbeit der wichtigsten politischen Kräfte. Großbritannien, die EU, die USA und andere Akteure im ‚Westen‘ haben im Vorfeld der Wahlen vor den Konsequenzen gewarnt, die die Wahl eines vor dem ICC in Den Haag angeklagten Präsidentschaftskandidaten haben kann. Jetzt müssen sich die Regierungen des ‚Westens‘ mit der Situation auseinandersetzen, dass ihre Interventionen zum Gegenteil geführt haben

*Siegfried Schröder – ist seit Ende 2011 Leiter des Regionalbüros Ostafrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Daresalam.*

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in fünf Wochen am 10. Mai 2013.

Redaktionsschluss: Freitag, 3. Mai.

Artikelvorschläge und Absprachen über [pb@gnn-verlage.de](mailto:pb@gnn-verlage.de).

Die nächsten Erscheinungstermine:

10. Mai, 6. Juni, 4. Juli, 1. August, 12. Sept., 10. Okt., 7. Nov., 5. Dez. 2013,